

Inhaltsverzeichnis

Bibliothek Zivilrecht

Abkürzung	Zeitschrift	Seite	Ausgabe
BtPRAX	Betreuungsrechtliche Praxis	2	02_2025
H&E	Haus&Eigentum	3	04_2025
IMMO	Immolex	4	04_2025
iFamZ	Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht	5	02_2025
JEV	Journal für Erbrecht und Vermögensnachfolge	7	01_2025
MMR	Multi Media und Recht	9	03/04_2025
ÖJA	Österreichisches Juristisches Archiv	13	01_2025
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung	14	06_2025
r+s	Recht und schaden	15	06/07_2025
sjz	Schweizerische Juristenzeitung	19	07/08_2025
VRS	Verkehrsrechtssammlung	23	01-04_2025
Zak	Zivilrecht aktuell	31	06_2025
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht	33	04_2025
zfs	Zeitschrift für Schadenrecht	35	04_2025

Bibliothek EVIP

Abkürzung	Zeitschrift	Seite	Ausgabe
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft	36	04_2025
ZfV	Zeitschrift für Versicherungsrecht	37	04_2025

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

<i>Dr. Peter Kieß</i> Zulässigkeit von Zwang zum Schutz des Vollmachtgebers	37
<i>Dennis Plitzko</i> Die Entscheidung der Stammbehörde über den anderweitigen Nachweis der Sachkunde beruflicher Betreuer – Musterverfahren und Vorlagen	44
<i>Volker Lipp</i> Die Reform des deutschen Betreuungsrechts und die Zukunft des japanischen Vormundschaftsrechts – ein deutsch-japanischer Rechtsdialog	50
<i>Dr. Gerhard Christl</i> Zur Anwaltsvergütung in Betreuungssachen beim Regressausschluss wegen Mittellosigkeit – Sparsamkeitsgebot versus anwaltliche Unterstützungspflicht	51

Verbandsinformationen

BGT informiert	55
Der BdB informiert	56
BVfB informiert	56

Rechtsprechung

Zur Zwangsbehandlung und Fixierung <i>BVerfG · Nichtannahmebeschluss vom 1.8.2024 · 2 BvR 1458/23</i>	57
Zur Vorsorgevollmacht <i>BGH · Beschluss vom 31.7.2024 · XII ZB 75/24</i>	59
Zur Unterbringung <i>LG Erfurt · Beschluss vom 23.7.2024 · 1 BD 70/24</i>	61
Zur Normenkontrolle <i>BVerfG · Kammerbeschluss vom 11.7.2024 · 1 BvL 1/22</i>	62
Zur Unterbringung <i>BGH · Beschluss vom 5.6.2024 · XII ZB 463/23</i>	63
Zur Unterbringung <i>BGH · Beschluss vom 7.8.2024 · XII ZB 169/24</i>	64
Zur Vergütung <i>BGH · Beschluss vom 14.8.2024 · XII ZB 440/23</i>	65
Zur Anhörung <i>BGH · Beschluss vom 28.8.2024 · XII ZB 92/23</i>	67
Zum Behandlungsstandard <i>OLG Hamburg · Urteil vom 17.3.2023 · 1 U 78/22</i>	68
Zur Betreuungsbedürftigkeit <i>LG Regensburg · Beschluss vom 12.12.2023 · 52 T 96/23</i>	70
Rechtsprechung in Leitsätzen	71
Impressum	74

Mitglieder des Herausgeberbeirats

Brunhilde Ackermann, Leiterin der Betreuungs-
behörde a. D., Kassel

Thorsten Becker, Berufsbetreuer, Vorsitzender
des BdB e. V., Hamburg

Prof. Dr. Dagmar Brosey, Vorsitzende des BGT
e. V., Köln

Prof. em. Dr. med. Wolf Crefeld, Professor an
der Evangelischen Fachhochschule, Bochum

Klaus Förter-Vondey, Berufsbetreuer, Quali-
tätsbeirat im BdB Hamburg

Dr. Peter Günter, Richter am Bundesgerichtshof,
Karlsruhe

Dr. Andreas Jürgens, Erster Beigeordneter des
LWH Hessen und Richter am Amtsgericht a. D.

Prof. Dr. habil. Thomas Klie, Professor an der
Evangelischen Hochschule Freiburg

Prof. Dr. Bernhard Knittel, Vorsitzender Richter
am Oberlandesgericht a. D., München

Klaus Lachwitz, Inclusion International

Gisela Lantzerath, Dipl.-Rechtspflegerin a. D.,
Amtsgericht Bochum

Volker Lindemann, Vizepräsident des OLG a. D.,
Schleswig

Prof. Dr. Dr. h.c. Volker Lipp, Professor an der
Georg-August-Universität, Göttingen

Dr. Rolf Marschner, Rechtsanwalt, München

Dr. Wolfgang Raack, Direktor des Amtsgerichts
Kerpen a. D.

Annette Schnellenbach, LL.M., Leiterin des
Referats I A 5 (Betreuungs- und Vormund-
schaftsrecht; Frauenpolitik) Bundesministerium
der Justiz, Berlin

Jürgen Thar, Berufsbetreuer, Erfstadt

Peter Winterstein, Vizepräsident des OLG
Rostock a. D.

Dr. med. Dirk K. Wolter, Krankenhauspsychiater
i.R., Flensburg

BtPrax Online

Die BtPrax gibt es auch rein online. Möchten Sie
von ihrem Print-Abonnement auf die Online-Ver-
sion wechseln? Dann wenden Sie sich bitte an
unseren Kundendienst unter: service@reguvis.de.
Ein Wechsel ist für Sie jederzeit möglich.

Inhalt

Wir über uns

Editorial	3
Wir meinen: Indexdämpfung ist schädlich.....	5
Am Rande vermerkt: Fehlt ein Hausbesorger?	7

Aktuelle Themen

ÖHGB:

Stimme des Präsidenten:	
Keine Politik auf dem Rücken der Eigentümer!	2
Treffen der Initiative Standort	8
Mietpreisbremse: Mehr Schaden als Nutzen.....	9

DER HAUSJURIST:

Zum Rücktrittsrecht eines Mieters	6
Wohnrecht aktuell	10

BAUEN UND SANIEREN:

Wie sich Probleme mit dem Dach vermeiden lassen....	11
Dachausbau: Was grundsätzlich zu beachten ist	12

GARTEN:

Grüne Oasen hinter grauen Mauern	11
--	----

IMMOBILIENMARKT:

Keine „Preisexplosion“ bei Mieten.....	18
--	----

Aus den Bundesländern

NIEDERÖSTERREICH:

Rechtzeitige Nachlassregelung	19
-------------------------------------	----

BURGENLAND:

Energiegemeinschaften und	
Einspeisung von Photovoltaik-Strom	20

STEIERMARK:

Wissen für die Praxis: Das Fruchtgenussrecht.....	22
---	----

Service

Fragen aus der Beratungspraxis	16
Index und Hauptmietzinswerte	17
Fachliteratur	9
Pressespiegel	24
Termine, Öffnungszeiten der Verbände	25



Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Die Indexklauseln in Mietverträgen sind auf politischer Ebene hochgespielt worden. Betroffen sind vor allem Kategoriemieten und Richtwertmieten, die ohnedies limitiert und preisgeregelt sind. Der Koalitionspartner SPÖ hat hier seinen „Fußabdruck“ gesetzt. Er überlegt auch, die Reglementierung auszudehnen auf weitere Errichtungsjahre bis zu Neubauten. Viel Glück, kann man nur sagen. Die ohnedies schwächelnde Bauwirtschaft würde einen weiteren Dämpfer erhalten, und alle wirtschaftlichen Überlegungen werden damit missachtet.

In der Praxis zeigt sich, dass die Nachfrage nach Wohnungen steigt, was einige Ursachen hat. Junge Menschen ziehen früher aus dem elterlichen Haushalt aus, und die Zahl der Single-Haushalte nimmt zu.

Um die Klimaziele der EU ist es in letzter Zeit still geworden. Wirtschaftliche Ziele auf Grund schwacher Wirtschaftsdaten stehen im Blickfeld. „Fit for 55“ hat nicht mehr oberste Priorität. Die Stärkung des Arbeitsmarktes ist wichtig.

Der Klimaschutz ist in Österreich künftig beim Landwirtschaftsministerium angesiedelt. Im Übrigen spielt der Bodenverbrauch beziehungsweise die Bodenversiegelung eine zunehmende Rolle. Die österreichische Hagelversicherung warnt vor dieser Entwicklung. Täglich werden erhebliche Flächen verbaut und damit der agrarischen Nutzung für Lebens- und Futtermittel entzogen.

Eine Beilage in unserer Zeitung hat in letzter Zeit für Rückfragen gesorgt. Dieses Thema gehört zur Werbung, und es sollte nicht der Eindruck entstehen, es ginge um Anliegen der Verbände. Für Werbug ist der Agrarverlag zuständig, damit wird die Finanzierung dieser Zeitung günstiger.

Ihr Dr. Friedrich Noszek

113 EDITORIAL

113 Wohnrechtliches im neuen Regierungsprogramm

Herbert Rainer

116 AKTUELLESTE LEITSÄTZE

Nr 28–37

118 MIETRECHT

118 Wohnrechtliche Ankündigungen im neuen Regierungsprogramm

Johannes Stabentheiner

123 OGH 3. 9. 2024, 5 Ob 137/24v

Änderungen des Mietobjekts durch den Mieter
(Theresa Hauswurz)

124 OGH 18. 12. 2024, 5 Ob 105/24p

Zur Präklusion bei Mieterwechsel im befristeten Mietverhältnis (Valentin Plank)

127 OGH 8. 10. 2024, 5 Ob 139/24p

Zur Präklusion des Mietzinsüberprüfungsantrags
(Martin Stadlmann/Maximilian A. Max)

128 OGH 27. 11. 2024, 3 Ob 204/24g

Mietvertrag durch schlüssiges Verhalten
(Christian Weinzingner)

129 WOHNUNGSEIGENTUMSRECHT

129 OGH 30. 1. 2025, 5 Ob 197/24t

Gesamtnichtigkeit der WE-Begründung durch Wasserabsperrvorrichtung im WE-Objekt (Christian Prader)

130 OGH 14. 11. 2024, 5 Ob 158/24g

Zur Bestimmtheit eines Änderungsantrags (Sigrid Räth)

132 GRUNDBUCHSRECHT

132 Update zum Schutz der Privatsphäre im Grundbuch

Klara Geuer/Ermano Geuer

135 OGH 6. 6. 2024, 5 Ob 91/24d

Notwendiger Inhalt von Privaturkunden (Philipp Dobler)

137 IMMOBILIENBEWIRTSCHAFTUNG

137 Kontrollbegriff bei Bürgerenergiegemeinschaften – Immobilienentwickler aufgepasst!

Dominik Kurzmann/Florian Winter

140 IMMOBILIENBESTEUERUNG

140 Regierungsprogramm 2025–2029: Was wird im Immobilienbereich kommen?

Karin Fuhrmann/Alexander Gritsch

142 BFG 7. 10. 2024, RV/1100258/2023

Wohnungsvermietung durch Fruchtgenussberechtigten – Abzug von Werbungskosten (Substanzabgeltung)?
(Karin Fuhrmann)

144 VwGH 24. 10. 2024, Ra 2022/16/0006 (BFG 10. 12. 2021)

Gebührenpflicht für alle Beilagen, auch Fotografien
(Clemens Malainer/Andreas Staribacher)

147 FORUM IMMOBILIENTREUHÄNDER

147 „Mietpreisstopp“ 2025 – 4. MILG

Christoph Kothbauer

115 IMPRESSUM



Aktuelles

Jetzt das Richtige tun. Für Österreich – Familienrelevantes aus dem Regierungsprogramm 2025–2029

Robert Fucik

56



Grundrechte und Familie

Sexuelle Selbstbestimmung in der Ehe – EGMR erteilt der „ehelichen Pflicht“ eine klare Absage

Susanne Kissich

61

Rechtsprechung

- Scheidung aus Verschulden bei Ablehnung sexueller Kontakte verstößt gegen Art 8 EMRK 63
- Eintragung im Personenstandsregister richtet sich nach dem biologischen Geschlecht 64



Kindschaftsrecht

Rechtsprechung

- Unterhaltspflicht während Vorbereitungskurs für den Aufnahmetest zum Medizinstudium 67
- Keine Umstandsänderung durch Inflation 67
- Inflationsbedingte Unterhaltserhöhung bei Unterhaltsstopp 67
- Elternseminare kein Sonderbedarf des behinderten Kindes 67
- Ausweisung des rückständigen Unterhalts als Gesamtbetrag 67
- Flüchtlingseigenschaft eines Kindes mit brasilianischer Staatsangehörigkeit 68
- Unterhaltsvorschüsse für ukrainisches Kind 69
- Wieder-in-Geltung-Setzen von Titelvorschüssen nach der Haft 69
- Vorläufige Übertragung der Obsorge an den Kinder- und Jugendhilfeträger gegen den Willen des Kindes 69
- Zur Rechtskraftwirkung eines Reiseverbots 70
- Anwendung der Rechtsmittelbeschränkungen des § 366 ZPO auch im Obsorge- und Kontaktrechtsverfahren 71
- Übertragung der Gerichtszuständigkeit in der Anfangsphase des Obsorgeverfahrens 71
- Aufspaltung der Gerichtszuständigkeit bei Geschwistern? 72
- Vertragsrecht: Betreuungsverträge einer Kinderkrippe bzw eines Kindergartens – Klauselkontrolle 73
- Schadenersatzrecht: Verkehrssicherungspflichten im Zusammenhang mit der Überwachung betreuter Jugendlicher 73



Steuern, Beihilfen und Sozialleistungen

Zehn Jahre antragslose Familienbeihilfe – No-Stop-Government bei Inlandsgeburten

Silvia Holzmann-Windhofer / David Hirner

74

Rechtsprechung

- Familienbeihilfe bei nicht haushaltszugehörigen Kindern und Tragung der Unterhaltskosten durch beide Eltern 75
- Verlängerung der Familienbeihilfe durch die COVID-19-Pandemie über das 24. Lebensjahr hinaus 76
- Höhe des Wochengeldes 76
- Anspruch auf einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld 76
- Nicht rechtzeitige Vornahme einer Mutter-Kind-Pass-Untersuchung 76
- Familienzeitbonus anteilig 76



Erwachsenenschutzrecht

Rechtsprechung

- Zur Interessenkollision als Ausschlusskriterium für die Eignung als Erwachsenenvertreter 76
- Prozessführung unter Erwachsenenvertretung: Abwägung zwischen Selbstbestimmung und Schutz 77
- Rechtsmittel und Fristversäumnis: Auswirkungen eines Redaktionsversehens 78



UbG/HeimAufG/Medizinrecht

Empirische Erkenntnisse zur Implementierung des HeimAufG in Einrichtungen für Minderjährige

Hemma Mayrhofer / Andrea Fritsche / Martina Koller

79

Rechtsprechung

- Kriterien für die Beiziehung Sachverständiger in Behandlungsentscheidungen 87
- Keine Vorabentscheidung für die Beschränkung sonstiger Rechte 87
- Unterbindung von Unruhezuständen als eine Freiheitsbeschränkung 88
- Geltung des HeimAufG in Krankenanstalten; erworbener Grundstatus 88

Veranstaltungshinweis: 20 Jahre AußStrG 2005

89



Ehe- und Partnerschaftsrecht

Von Tradition und Umbruch – Ehescheidungsrecht in Europa im Überblick

Jakob Bögner

90

Rechtsprechung

- Wohnungserhaltungsanspruch gegen Dritte – Zwangslage oder doloses Zusammenwirken? 93
- Verwirkung des Unterhaltsanspruchs durch Bilderverkauf? 94



Erbrecht

Rechtsprechung

- Unanwendbarkeit anerbenrechtlicher Bestimmungen in bestimmten Miteigentumskonstellationen 96
- Gesetzliches Vorausvermächtnis und Wiederverhehlung 96
- Vergleich über Erbrechtstitel 99
- Kein Vermögensopfer bei Änderungsvorbehalt des Stifters 101



Internationale Aspekte

Rechtsprechung

- Gewöhnlicher Aufenthalt eines Kindes, das wegen des Ukrainekriegs nach Österreich geflüchtet ist 106
- Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts im Einzelfall 107
- Streitiger Rechtsweg für Unterlassungsklage aus Eigentumsrecht 107
- Amtshaftung für unvertretbare Verstöße gegen das Beschleunigungsgebot im Kindesrückführungsverfahren 108

IMPRESSUM: Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht

Ausgabe 2/2025

Herausgeber- und Redaktionsteam

LStA Dr. Peter Barth (Schriftleiter; Aktuelles), Mag. Susanne Beck (Rechtsprechung Ob- und Kontaktrecht, Abstammungs- und Adoptionsrecht), LStA i.R. HR Dr. Robert Fucik (Schriftleiter; Internationales Familienrecht; Verfahrensrecht), Univ.-Prof. Dr. Michael Ganner (UbG/HeimAufG/Medizinrecht, Interdisziplinäres), Univ.-Prof. Dr. Thomas Garber (Erwachsenenschutz), Univ.-Prof. i.R. Dr. Christian Kopetzki (Grundrechte), HR Dr. Edeltraud Lachmayr (Steuern, Beihilfen und Sozialleistungen), Vizepräs. des OGH i.R. Univ.-Prof. Dr. Matthias Neumayr (Unterhaltsrecht, Unterhaltsvorschussrecht; Sozialleistungen), LStA Dr. Felicitas Parapatits (Gewaltenschutz), OStA Dr. Ulrich Pesendorfer (Kindschaftsrecht; Rechtsprechung Grundrechte), Assoz.-Prof. Dr. Thomas Schoditsch (Ehe- und Partnerschaftsrecht), Dr. Patrick Schweda (Erbrecht), Univ.-Prof. Dr. Ulrike Zartler (Interdisziplinäres)

Medieninhaber, Herausgeber und Medienunternehmen:
Linde Verlag Ges.m.b.H.,
A-1210 Wien, Scheydgasse 24;
Telefon: 01/24 630 Serie, Telefax: 01/24 630-23 DW,
E-Mail: office@lindeverlag.at, http://www.lindeverlag.at
DVR 0002356. Rechtsform der Gesellschaft:
Ges.m.b.H., Sitz: Wien
Firmenbuchnummer: 102235x
Firmenbuchgericht: Handelsgericht Wien,
ARA-Lizenz-Nr.: 3991, ATU 14910701

Gesellschafter: Anna Jentzsch (35 %) und Jentzsch Holding GmbH (65 %) Geschäftsführer: Mag. Klaus Kornherr, Benjamin Jentzsch

Erscheinungsweise und Bezugspreise
Erscheint sechsmal jährlich.
Jahresabonnement 2025 (6 Hefte) zum Preis von EUR 157,90 (Print) bzw. EUR 183,10 (Print & Digital) – jeweils inkl. MwSt., exkl. Versandkosten.
Einzelheft 2025: EUR 44,90 (inkl. MwSt., exkl. Versandkosten).

Abbestellungen sind nur zum Ende eines Jahrganges möglich und müssen bis spätestens 30. November schriftlich erfolgen. Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das Abonnement automatisch ein Jahr und zu den jeweils gültigen Abopreisen weiter. Preisänderungen und Irrtum vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Verlages gestattet. Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages, der Redaktion oder der Autoren ausgeschlossen ist.
„Für Publikationen in den Fachzeitschriften des Linde Verlags gelten die AGB für Autorinnen und Autoren (abrufbar unter https://www.lindeverlag.at/agb) sowie die Datenschutzerklärung (abrufbar unter https://www.lindeverlag.at/datenschutz).“
Personenbezogene Bezeichnungen

Das iFamZ-Team ist in den Beiträgen um eine möglichst ausgewogene Verwendung der weiblichen und männlichen Form bemüht.

Anzeigenverkauf und -beratung
Gabriele Hladik, Tel.: 01/24 630-719
E-Mail: gabriele.hladik@lindeverlag.at
Sonja Grobauer, Tel.: 0664/78733376
E-Mail: sonja.grobauer@lindeverlag.at
P.b.b. Verlagspostamt 1210 Wien – Erscheinungsort Wien
ISSN 1819-3889



Hersteller
Druckwerkstatt Handels GmbH
Hosnedlgasse 16b, A - 1220 Wien
www.druckwerkstatt.at, info@druckwerkstatt.at
+43 (1) 285 88 09

INHALT

EDITORIAL

- 1 Die Privatstiftung braucht Freunde!
Paul Rizzi und Maximilian Ringhofer

FACHBEITRÄGE

- 5 Die Ausübung des Änderungsrechts des Stifters durch Vertreter – zugleich eine Besprechung von OGH 6 Ob 162/23a
Franz Hartlieb
Die Ausübung des Änderungsrechts eines Stifters durch einen Bevollmächtigten setzt nach dem OGH eine Spezialvollmacht voraus. Der Beitrag zeigt, wie schwebend unwirksame Änderungen saniert werden können, und prüft, was bei der Errichtung einer Vorsorgevollmacht gilt.
- 12 Update zu Zustimmungs- und Stellungnahmerechten eines Beirates in der Privatstiftung
Georg Burger-Scheidlin
Aufgrund des zumeist zeitlich limitierten Änderungsrechtes empfiehlt es sich, die Bestimmungen der Stiftungserklärung möglichst flexibel zu gestalten. Das geschieht beim Thema Anhörungs- und/oder Zustimmungsrechte für einen Familienbeirat immer häufiger durch sogenannte Wandlungsklauseln. Richtig angewendet sind diese auch zulässig.
- 16 Zuwendungen an Substiftungen aus steuerlicher Sicht
Yvonne Schuchter-Mang und Reinhard Büger
Zuwendungen an Substiftungen unterliegen den steuerlichen Sonderregelungen des § 27 Abs 5 Z 8 lit f und g EStG. Der Beitrag analysiert diese und zeigt Zweifelsfragen in der Anwendung sowie Gestaltungsüberlegungen für Steuerpflichtige auf.
- 23 Stiftung und Schiedsgerichtsbarkeit: Zwei Gedanken zu Liechtenstein und Österreich
Michael Nueber
Das Stiftungsgefüge kann aufgrund der verschiedenen, oft familiär bedingten, Interessenlagen aufgeladen und konfliktträchtig sein. Daher gilt die Schiedsgerichtsbarkeit als idealtypische Streitbeilegungsmethode, die jedoch in Bezug die zwei Aspekte dieses Beitrags reformbedürftig ist.
- 27 Die Rechtsstellung der Begünstigten in der geplanten Reform des liechtensteinischen Trustrechts
Alexandra Butterstein
Ein wesentlicher Aspekt der geplanten Reform des liechtensteinischen Trustrechts ist die Behebung von Kontrolldefiziten durch die Einführung des Informationsberechtigten. Diese Neuerung wirft jedoch Fragen zur Stellung der Begünstigten auf, die der Beitrag untersucht.

JUDIKATUR

- 32 OGH: Privatstiftung und Pflichtteilsrecht – Kein Vermögensopfer bei Vorliegen eines unbeschränkten Änderungsrechts
OGH 15.10.2024, 2 Ob 66/24f, ECLI:AT:OGH0002:2024:0020OB00066.24F.1015.000 vorhergehend OLG Innsbruck, 11. Jänner 2024, GZ 1 R 170/23v-17
(Glosse von Paul Rizzi)
Ein umfassender, vom Erblasser alleine auszuübender Änderungsvorbehalt steht der Erbringung des Vermögensopfers – jedenfalls im Anwendungsbereich des ErbRÄG 2015 – entgegen. Die Zweijahresfrist des § 782 Abs 1 ABGB beginnt daher bei Vorliegen eines solchen Änderungsvorbehaltes nicht zu laufen.
- 42 BFG: Die Zuwendung von Wertpapieren durch eine Privatstiftung an ihre Begünstigten bewirkt den Verlust der Altvermögenseigenschaft
BFG 12.6.2024, RV/5100730/2022
(Glosse von Magdalena Lichtmanegger und Yvonne Schuchter-Mang)
Laut BFG ist aus der Anschaffungsfiktion des § 15 Abs 3 Z 2 lit b EStG auch eine Entgeltlichkeitsfiktion abzuleiten, welche bei Zuwendungen durch eine Privatstiftung den Verlust des Altvermögenscharakters bei Wertpapieren bewirkt.
- 46 OGH: Abschlag bei der Bewertung von Schenkungen für den Hälfteanteil
OGH 25.7.2024, 2 Ob 43/24y, ECLI:AT:OGH0002:2024:0020OB00043.24Y.0725.000 vorhergehend OLG Graz, 7. Februar 2024, GZ 4 R 225/23z-50
(Glosse von Maximilian Ringhofer)
Auch wenn die geschenkte Sache durch Zuwendung eines Dritten später zur Gänze dem Geschenknahmer zufällt, ist die geschenkte Sache dennoch mit jenem Wert zu bewerten, der ihr im Vermögen des Erblassers zukam.
- 49 OGH: Keine Parteistellung oder Rekurslegitimation bei verspäteter Erbantrittserklärung
OGH 28.5.2024, 2 Ob 64/24m, ECLI:AT:OGH0002:2024:0020OB00064.24M.0528.000 vorhergehend LG Steyr, 28. Februar 2024, GZ 2 R 31/24w-17
(Glosse von Maximilian Ringhofer)
In dieser Entscheidung bestätigt der OGH seine stRsp zur nicht gegebenen Parteistellung bzw Rekurslegitimation bei Vorliegen verspäteter Erbantrittserklärungen.

- 51 OGH: Testamentarischer Erbe trotz Erbverzicht nach testamentarischer Bedenkung
OGH 10.9.2024, 2 Ob 117/24f, ECLI:AT:OGH0002:2024:0020OB00117.24F.0910.000 vorhergehend LG Salzburg, 30. April 2024, GZ 21 R 352/23w-46
(Glosse von Johanna Jutz)
Ein das gesetzliche Erb- und Pflichtteilsrecht umfassender Erbverzicht beseitigt nicht das testamentarische Erbrecht, auch nicht bei einer vor der Verzichtserklärung erfolgten testamentarischen Bedenkung.
- 54 OGH: Bestand zwischen dem Verstorbenen und der letztwillig Bedachten nur ein sexuelles Verhältnis, so bleibt die letztwillige Verfügung auch dann aufrecht, wenn die Beziehung vor dem Tod endete
OGH 15.10.2024, 2 Ob 137/24x, ECLI:AT:OGH0002:2024:0020OB00137.24X.1015.000 vorhergehend LGZ Wien, 26. Juni 2024, GZ 42 R 151/24b-100
(Glosse von Astrid Deixler-Hübner)
Eine „Lebensgemeinschaft“ iSd § 725 Abs 1 ABGB ist nach Ansicht des OGH eine eheähnliche Verbindung zwischen zwei Personen, die einerseits in einer seelischen Verbundenheit wurzelt, andererseits in der Regel auch die Merkmale einer Wohn-, Wirtschafts- und Geschlechts-gemeinschaft aufweisen muss. Eine bloße Geschlechtsgemeinschaft genügt dafür nicht. Die letztwillig eingesetzte „Geliebte“ behält daher ihr Erbrecht, wenn das sexuelle Verhältnis endet.
- 56 OGH: Die Auslegung letztwilliger Verfügungen: Vermächtnis oder Erbeinsetzung – eine Einzelfallentscheidung?
OGH 10.9.2024, 2 Ob 133/24h, ECLI:AT:OGH0002:2024:0020OB00133.24H.0910.000 vorhergehend LGZ Wien, 10. Juni 2024, GZ 45 R 122/24k-78
(Glosse von Senad Albani)
Die Auslegung letztwilliger Verfügungen als Vermächtnis oder Erbeinsetzung ist oftmals eine Einzelfallentscheidung. Bei Vorhandensein weiterer maßgeblicher Vermögenswerte, ist jedoch von einem Vermächtnis auszugehen.
- 59 OGH: Gesetzliches Vorausvermächtnis verschafft Eigentum an ehelichen Haushaltsgegenständen – Übertragungsakt entbehrlich?
OGH 25.7.2024, 2 Ob 111/24y, ECLI:AT:OGH0002:2024:0020OB00111.24Y.0725.000 vorhergehend OLG Wien, 2. Mai 2024, GZ 11 R 22/24x-39
(Glosse von Philipp Stieber)
In der gegenständlichen Entscheidung stellt der OGH klar, dass § 745 Abs 1 ABGB Eigentum an den ehelichen Haushaltsgegenständen einräumt. Ein gesonderter Übertragungsakt soll bei bereits stattfindender alleiniger Benützung entbehrlich sein. Die Entscheidung wird überblicksmäßig aufbereitet, anschließend werden alternative Sichtweisen betreffend die Themen Eigentumsverschaffung durch das gesetzliche Vorausvermächtnis und Übertragungsakt beim Vermächtniserwerb aufgezeigt.
- 63 OGH: Ausgleich für den Wegfall der teilweisen privaten Nutzung einer zu einem Unternehmen gehörenden Sache
OGH 24.10.2024, 1 Ob 48/24a, ECLI:AT:OGH0002:2024:0010OB00048.24A.1024.000 vorhergehend LG Innsbruck, 16. Februar 2024, GZ 52 R 72/23d-130
(Glosse von Astrid Deixler-Hübner)
In dieser Entscheidung hatte sich der OGH mit dem Gebrauchsverlust des Nichtunternehmerehegatten eines während der Ehe teilweisen privat genutzten unternehmenszugehörigen Ferienhauses nach der Scheidung zu befassen. Er kam dabei zum Ergebnis, dass bei Ermittlung der Ausgleichssumme grundsätzlich der Wert des entgangenen Gebrauchs bis zur statistischen Lebenserwartung des Ehemannes zugrunde zu legen ist, wobei dieser Wert im Regelfall mit dem (anteiligen) Wert der Sache begrenzt ist.

PRAXIS

- 70 Stiftungsschnipsel: Muster einer Regelung eines Anhörungs-/Zustimmungsrechts für den Beirat
Georg Burger-Scheidlin
- 71 Perspektivenwechsel: Nachfolge als Teil der Nachhaltigkeitsberichterstattung?
Sabine Urnik und Tanja Schmidbauer
Obwohl die (vermögensrechtliche und personelle) Nachfolgeplanung in Unternehmen erhebliche strategische Auswirkungen auch auf die Nachhaltigkeitsstrategie entfalten kann, enthalten die Nachhaltigkeitsberichterstattungsstandards gem ESRS dazu keine spezifischen und unmittelbar adressierten Angabepflichten. Mittelbar sind allerdings Berichtspflichten über ESRS 1.11 bzw ESRS 2 SBM-3 und über ESRS G1-1 bzw ESRS 2 GOV-1 denkmöglich.
- 74 Praxisfall: Zur Feststellung steuerneutraler Realteilungen von Grundstücken
Sabine Urnik
Eine Realteilung von Grundstücken, die mit Verbindlichkeiten belastet sind, kann steuerlich im Einzelfall zu einem entgeltlichen Rechtsgeschäft führen. Dabei ist die (nach Meinung der Finanzverwaltung) durchzuführende Ermittlung und Behandlung des „Spitzenausgleiches“ kritisch zu sehen.

SERVICE & INFOS

- 78 Buchbesprechung zu *Uitz*, Erwachsenenschutz im Gesellschaftsrecht (2024)
Christopher Cach
- 79 Herausgeber
- 80 Autoren
- U3 Impressum

Zitierbeispiel: *Urnik*, JEV 2025, Seite



de.linkedin.com/showcase/zeitschriftmmr

3/2025

Seiten 161–240

INHALT

TK-Regulierung

EDITORIAL

161 AXEL SPIES

USA: Sind die Abgaben zum Universaldienstfonds verfassungswidrig?

BEITRÄGE

Rechteeinräumung

163 STEFAN VENTRONI / ANSGAR KAISER

KI-Training als neue urheberrechtliche Nutzungsart.
Erfassen Rechteklauseln in Lizenzverträgen das Recht zur Verwendung
urheberrechtlich geschützter Inhalte für KI-Training?

Social Bots

168 ANNABEL JOHANNA MARIE SCHULTZ

Aufsichtsrechtliches Vorgehen gegen Fake-Profile.
Mögliche Maßnahmen im Kampf gegen die Verbreitung von
Desinformationen

Nutzerdaten

173 SIMON DIETHELM MEYER

Datenverarbeitung zu Werbezwecken.
Betroffenenrechte im Lichte der Entscheidung des EuGH in der
Rs. Schrems/Meta

RECHTSPRECHUNG

Angemessenes Schutzniveau

179 EuG: Schadensersatz für unzulässige Drittstaatendatenübermittlung der
EU-Kommission

Urteil vom 8.1.2025 – T-354/22 mAnm **SCHRÖDER / HARDAN**

Online-Vermittlungsdienste

184 EuGH: Charakter von Bestpreisklauseln einer Online-Reisebüroplattform –
Booking.com

Urteil vom 19.9.2024 – C-264/23

Elektronischer Geschäftsverkehr

188 EuGH: Online-Vertrieb kosmetischer Mittel

Urteil vom 19.9.2024 – C-88/23 – Parfümerie Akzente

Beweisverwertungsverbot

190 BVerfG: Verwertbarkeit von EncroChat-Daten

Beschluss vom 1.11.2024 – 2 BvR 684/22

Zugangserfordernis

196 BGH: Formgerechter Zugang einer elektronischen empfangsbedürftigen
Willenserklärung

Versäumnisurteil vom 27.11.2024 – VIII ZR 155/23 mAnm **ANTE**

Werknutzung

200 BGH: Keine Panoramafreiheit für Drohnenaufnahmen

Urteil vom 23.10.2024 – I ZR 67/23 mAnm **KRUMM / HEINRICH**

Videotelefonie

204 BGH: Unwirksame Online-Eheschließung in Deutschland

Beschluss vom 25.9.2024 – XII ZB 244/22

Kundenbewertungen

206 BGH: Anforderungen an die Werbung – Durchschnittliche Sternebewertung
Urteil vom 25.7.2024 – I ZR 143/23

Soziales Netzwerk	207 OLG Dresden: Kündigung eines Nutzerkontos wegen Hassrede Beschluss vom 28.10.2024 – 4 U 691/24
Gesundheitsschäden	209 OLG Hamm: Unzulässige Instagram-Werbung für kosmetische Eingriffe mit Vorher-Nachher-Bildern Urteil vom 29.8.2024 – I-4 UKI 2/24
Online-Unterricht	212 OLG Stuttgart: Rückzahlungsanspruch bei unwirksamem Online-Coachingvertrag Urteil vom 29.8.2024 – 13 U 176/23
Kündigung	213 OLG München: Kein Rückzahlungsanspruch bei Buchung eines Online-Coachings zum Business-Aufbau Beschluss vom 16.5.2024 – 3 U 984/24e
Internetdomain	215 KG: Fehlende Unterscheidungskraft einer Domain-Firma Beschluss vom 6.5.2024 – 22 W 16/24
Werbeverbot	216 OLG Koblenz: Unzulässige Internetwerbung für Schönheits-OPs mit Vorher-Nachher Avatar-Bildern Urteil vom 23.4.2024 – 9 U 1097/23
Vergütungspflicht	219 OLG München: Urheberrechtliche Ansprüche wegen Cloud-Computing Urteil vom 15.3.2024 – 38 Sch 58/22 VVG e
Softwarelieferungsvertrag	223 OLG Düsseldorf: Anfechtung des Softwareüberlassungsvertrags wegen Irrtums über die Notwendigkeit einer LAN-Verbindung Beschluss vom 7.2.2024 – 10 U 70/23
Störerhaftung	225 LG Koblenz: Negative Bewertung eines Facharztes auf Online-Bewertungsportal Urteil vom 19.6.2024 – 3 O 46/23
Big Data	227 LG Kiel: Haftung für KI-generierte geschäftsschädigende Falschinformationen Urteil vom 29.2.2024 – 6 O 151/23
Stellvertreterehre	229 OVG Berlin-Brandenburg: Eheschließung per Videokonferenz unwirksam Urteil vom 29.8.2024 – 6 B 1/24
Jugendgefährdung	232 OVG NRW: Rechtmäßigkeit der Indizierung einer Online-Broschüre Beschluss vom 11.7.2024 – 19 B 169/24
Posts	236 VG Berlin: Keine Klagebefugnis gegen Social-Media-Auftritte der Bundesregierung Urteil vom 30.5.2024 – 6 K 406.19
	239 Leitsätze
	III-IV Inhalt
	V-XVII MMR-Fokus
	XVII Impressum

Liebe MMR-Leserinnen und -Leser,

wussten Sie, dass mit jedem Abonnement – unabhängig davon, ob ein sonstiges Abonnement von beck-online besteht – ein Direktmodul der MMR digital und neu auch die MMR-App für Sie verfügbar ist?

Haben Sie Ihr MMRDirekt-Modul online und die App schon freigeschaltet?

Dies geht am einfachsten, indem Sie sich mit dem Wunsch nach Freischaltung des Direktmoduls – und auch der App unter Angabe von Vor- und Nachname und der auf dem Adressaufkleber der Zeitschrift befindlichen Abonummer – unter Ihrer persönlichen E-Mail Adresse an beck-online@beck.de wenden.

Sollten Sie für unseren **14-täglichen Newsdienst MMR-Aktuell**, den Sie als Abonnent ebenfalls kostenlos beziehen können, noch nicht freigeschaltet sein – kein Problem, dann lassen Sie sich gleich wie beim Direktmodul mit den gewünschten Angaben in den E-Mail-Verteiler eintragen.

Ich hoffe, dass wir Ihnen mit diesen Hinweisen den Heftbezug in digitaler und in Printform entscheidend erleichtern können, um Sie auch weiterhin gut informiert zu wissen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Anke Zimmer-Helfrich
Chefredakteurin MMR

INHALT

Digitaler Binnenmarkt	241	EDITORIAL TOBIAS LUTZI Kommissionsbericht zur Rom II-VO: Rückkehr der Digitalthemen
Cybersicherheit	243	BEITRÄGE STEFAN HESSEL / MORITZ SCHNEIDER Anwendungsbereich der NIS-2-RL. Unternehmen zwischen Regelungslücken und Umsetzungspflichten
Bekämpfung von Desinformation	247	MARLON JENNERJAHN Änderungen der Inthemoderation auf den Meta-Plattformen und der DSA. Entfernen von Beiträgen nach dem DSA – möglich oder verpflichtend?
Nutzungsrechte	253	STEFAN VENTRONI KI-Regelungen in urheberrechtlichen Lizenzverträgen. Vertragsklauseln zum KI-Training und Einsatz von KI-Tools
KI-Governance	259	MARKUS WÜNSCHELBAUM Die Zukunft der KI-Regulierung in Deutschland. Verfassungs- und unionsrechtliche Defizite des Referentenentwurfs zur KI-Marktüberwachung
Datenminimierung	266	RECHTSPRECHUNG EuGH: Keine Anrededaten bei Online-Erwerb von Fahrscheinen Urteil vom 9.1.2025 – C-394/23 – Mousse mAnm STIEF
Lockangebot	272	EuGH: Werbemaßnahmen für Online-Wertermittlung von Gold vor dem Abkauf vom Verbraucher Urteil vom 5.12.2024 – C-379/23 – Guldbrev
Softwareerstellungvertrag	274	EuGH: Erfüllungsort für eine auf individuelle Bedürfnisse ausgerichtete Software Urteil vom 28.11.2024 – C-526/23
Elektronische Identifizierung	276	EuGH: Einreichung elektronisch signierter Schriftsätze Urteil vom 17.10.2024 – C-302/23 – Jarocki
Softwareentwicklung	278	ÖOGH: Erfüllungsort für eine auf individuelle Bedürfnisse ausgerichtete Software Beschluss vom 19.12.2024 – 1 Ob 198/24k
Versicherungsvertrag	278	BGH: Anspruch auf Auskunft über Beitragsanpassungen einer privaten Krankenversicherung Urteil vom 18.12.2024 – IV ZR 207/23
Online-Ticketbörse	279	BGH: DFL-Supercup Urteil vom 21.11.2024 – I ZR 107/23

Klauselkontrolle	283 BGH: Anschlusspreis bei Mobilfunkverträgen als kontrollfreie Preisabrede Beschluss vom 14.11.2024 – III ZR 250/22
Vergütungsansprüche	285 BGH: Gewerblicher Endabnehmer Beschluss vom 26.9.2024 – I ZR 1/24
Internationale Zuständigkeit	287 OLG Köln: Bestandsdatenauskunft bei Firmensitz des Plattformbetreibers in Irland Beschluss vom 17.12.2024 – 15 W 107/24
Leistungsänderungsklausel	288 OLG München: Wettbewerbswidrige AGB eines Sportwetten-Streaming-anbieters Urteil vom 11.10.2024 – 39 U 2482/23 e mAnm KRÜCK
Laufzeit	295 OLG Hamburg: Kündigungsbutton bei nur einmaliger Zahlungsverpflichtung Urteil vom 22.8.2024 – 6 UKI 1/23
Bindende Erklärung	297 OLG Koblenz: Kein Widerruf der Einwilligung in Veröffentlichung von YouTube-Videos Hinweisbeschluss vom 31.7.2024 – 4 U 238/23
Online-Verbrauchervertrag	298 OLG Nürnberg: Erreichbarkeit des im elektronischen Geschäftsverkehr vorgeschriebenen Kündigungsbuttons Urteil vom 30.7.2024 – 3 U 2214/23
Kundenauthentifizierung	301 OLG Bremen: Online-Banking mit mobile-TAN-Verfahren Hinweisbeschluss vom 15.4.2024 – 1 U 47/23
Produktinformationsblatt	305 LG Offenburg: Irreführende Werbung für einen Handykauf mit Laufzeitvertrag – 1 EUR einmalig Urteil vom 26.6.2024 – 5 O 7/23 KfH
Zustellung	310 SG Darmstadt: Ladungsfristen im elektronischen Rechtsverkehr Beschluss vom 7.2.2025 – S 13 SF 8/25 AB mAnm ANTE
Regulierungsverfügung	313 BVerwG: Tk-rechtliche Missbrauchsverfügung Beschluss vom 19.12.2024 – 6 B 5.24
Bankgeschäfte ohne Erlaubnis	316 VG Frankfurt/M.: Verpflichtung von Internet-Providern zur Einrichtung einer DNS-Sperre Urteil vom 23.10.2024 – 7 K 800/22.F
	319 Leitsätze
	III–IV Inhalt
	V–XV MMR-Fokus
	XV Impressum

Liebe MMR-Leserinnen und -Leser,

wussten Sie, dass mit jedem Abonnement – unabhängig davon, ob ein sonstiges Abonnement von beck-online besteht – ein Direktmodul der MMR digital und neu auch die MMR-App für Sie verfügbar ist?

Haben Sie Ihr MMRDirekt-Modul online und die App schon freigeschaltet?

Dies geht am einfachsten, indem Sie sich mit dem Wunsch nach Freischaltung des Direktmoduls – und auch der App unter Angabe von Vor- und Nachname und der auf dem Adressaufkleber der Zeitschrift befindlichen Abonummer – unter Ihrer persönlichen E-Mail Adresse an **beck-online@beck.de** wenden.

Sollten Sie für unseren **14-täglichen Newsdienst MMR-Aktuell**, den Sie als Abonnent ebenfalls kostenlos beziehen können, noch nicht freigeschaltet sein – kein Problem, dann lassen Sie sich gleich wie beim Direktmodul mit den gewünschten Angaben in den E-Mail-Verteiler eintragen.

Ich hoffe, dass wir Ihnen mit diesen Hinweisen den Heftbezug in digitaler und in Printform entscheidend erleichtern können, um Sie auch weiterhin gut informiert zu wissen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Anke Zimmer-Helfrich
Chefredakteurin MMR

ÖJA

Österreichisches Juristisches Archiv

**Kündigung von Gesellschaften im Privatgläubigerinteresse
gem § 339 EO nF – Altes Gesellschaftsexekutionsrecht
in neuen Schläuchen** Seite 1

Andreas Baumgartner

**Umfang, Bestimmtheit und Auslegung von Exekutionstiteln
bei der Unterlassungsexekution** Seite 27

Joachim Pierer

**Die Heilung der Unzuständigkeit durch rügelose Einlassung
im österreichischen Zivilprozessrecht** Seite 63

Peter G. Mayr

**Neue Gedanken zur Beeinträchtigung fremder
Forderungsrechte** Seite 91

Rudolf Reischauer

Inhalt

Editorial

- Schwere Entscheidung(en) 321
Stefan Perner, Martin Spitzer

ÖJZ aktuell 323

Beiträge

- Kinderarbeit im digitalen Raum? 324
Arbeitsrechtliche Schlaglichter auf das Phänomen „Kidfluencing“
Sophie Schwertner, Sebastian Öhner

- Ausgliederungsschranken in der Rechtsprechung des VfGH 330
Luka Samonig

- Das Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2024 – Änderungen abseits der Sicherstellung 338
Jonas Divjak

Kurzbeitrag

- Abwesenheit des nicht ordnungsgemäß geladenen Haftungsbeteiligten in der Hauptverhandlung 346
Anmerkung zu OGH 19. 11. 2024, 12 Os 85/24b, 135/24f
Clara Iftsits

Evidenzblatt

- Bedingtes Erhöhungsbegehren nach dem Tod des Geschäftsraummieters 348
Bestandrecht OGH 3. 9. 2024, 5 Ob 78/24t

- Haftung der Bank für die Ausstellung einer unrichtigen Bestätigung nach § 10 Abs 3 GmbHG 351
Gesellschaftsrecht; Schadenersatzrecht OGH 20. 9. 2024, 6 Ob 120/24a

- Aktivlegitimation im Streit um Dienstbarkeiten 352
Sachenrecht OGH 30. 8. 2024, 5 Ob 108/24d

- Diesel-Skandal: keine Vorteilsanrechnung bei Schadenersatzanspruch gegen den Motorenhersteller 353
Schadenersatzrecht OGH 28. 10. 2024, 3 Ob 122/24y
(David Messner-Kreuzbauer)

- Diesel-Skandal: keine Aktivlegitimation des Leasingnehmers zur Geltendmachung des Minderwerts .. 356
Schadenersatzrecht OGH 28. 10. 2024, 3 Ob 166/24v

- Rechtsmittellegitimation im zweipersonalen Erlagsverhältnis 357
Schuldrecht OGH 11. 9. 2024, 3 Ob 138/24a

- „Phishing“-Betrug: Sorgfaltspflichten der Bank 358
Schadenersatzrecht OGH 28. 8. 2024, 7 Ob 95/24g
(Bernhard Burtscher)

- Umfang der Sorgfaltspflichten eines Steuerberaters 360
Schadenersatzrecht OGH 3. 9. 2024, 5 Ob 62/24i

- Schutzbereich des ärztlichen Behandlungsvertrags 363
Schadenersatzrecht OGH 23. 10. 2024, 9 Ob 12/24s
(Stefanie Mayer)

- Leitungswasserschaden im Wochenendhaus 364
Versicherungsvertragsrecht OGH 28. 8. 2024, 7 Ob 74/24v

- Quota-litis-Verbot auch für Prozessfinanzierer 366
Wettbewerbsrecht OGH 10. 9. 2024, 4 Ob 144/24s

- Vorausvermächtnis des Wohnrechts und Wiederverheiratung 366
Wohnrecht OGH 8. 10. 2024, 5 Ob 50/24z
(Florian Madner)

- Zuständigkeit bei Facebook-Posting 369
Medienrecht OGH 21. 10. 2024, 15 Os 72/24p, 73/24k
(Michael Rami)

- Mitwirkung des ges Vertreters 371
Strafprozessrecht OGH 16. 5. 2024, 12 Ns 23/24i

- Ausgeschlossenheit bei RMG 372
Strafprozessrecht OGH 8. 10. 2024, 14 Os 79/24k
(Eckart Ratz)

- Abwesenheit des nicht ordnungsgemäß geladenen Haftungsbeteiligten 373
Strafprozessrecht OGH 19. 11. 2024, 12 Os 85/24b, 135/24f

- Einspruch wegen Rechtsverletzung durch die Rep Österreich 374
Strafprozessrecht OGH 29. 1. 2025, 12 Os 79/24w
(Eckart Ratz)

- Verstrickungsbruch 378
Strafrecht OGH 5. 11. 2024, 14 Os 95/24p, 96/24k
(Eckart Ratz)

Impressum auf der 2. Umschlagseite

Inhaltsverzeichnis 6/2025

Aufsätze

Gerhard Wagner, Hinterbliebenengeld – Eine Bilanz nach sieben Jahren	241
Matthias Beenken, Nachhaltigkeitsvertrieb verschlanken	249

Sachversicherung

öOGH	29.1.25	7 Ob 189/24f	Eigenheim-Versicherungsvertrag (Österreich), Begriff des Erdrutsches [m. Anm. von Joachim Felsch]	255
öOGH	29.1.25	7 Ob 187/24m	Elementarschadenversicherung, kein Versicherungsschutz für Terrasse	258
AG München	3.1.25	231 C 21924/24	Wasserschaden in Wohnungseigentumsobjekt, Prozessführungsbefugnis	260

Krankenversicherung

BGH	29.1.25	IV ZR 221/23	Verjährung von Prämienrückforderungsansprüchen	260
LG Offenburg	18.10.24	2 O 249/24	Einstweiliger Rechtsschutz in der Krankheitskostenversicherung	262

Lebensversicherung/Berufsunfähigkeitsversicherung

OLG Karlsruhe	5.12.24	12 U 34/24	Berufsunfähigkeitsversicherung, Verweisung eines Profisportlers	264
---------------	---------	------------	---	-----

Unfallversicherung

BGH	11.12.24	IV ZR 498/21	Unfall-Kombirente – Kündigungsrecht des VR nach Versicherungsfall	264
-----	----------	--------------	---	-----

Straßenverkehrshaftung

OLG Saarbrücken	13.12.24	3 U 23/24	Kollision des rechts Abbiegenden mit Vorfahrtsberechtigtem	271
OLG Schleswig	19.9.24	7 U 29/24	Sturz beim Überholvorgang zweier Pedelecs	272
OLG Brandenburg	19.12.24	12 U 118/24	Sturz eines Radfahrers im Begegnungsverkehr mit PKW	274

BGH	13.2.25	III ZR 63/24	Amtshaftung für Beschränkungsmaßnahmen nach G 10-Gesetz/BVerfSchG	276
BGH	28.1.25	VI ZR 109/23	Immaterieller Schaden nach Art. 82 Abs. 1 DSGVO wegen EMail-Werbung	286

ISSN 0343-9771

r+s recht und schaden

Schriftleitung:

Joachim Felsch (V.i.S.d.P.),
Richter am BGH a.D.
(Sprecher der Schriftleitung),
c/o Verlag C.H.Beck,
Wilhelmstr. 9, 80801 München,
E-Mail: felsch.rus@t-online.de.
Sachversicherung, technische Ver-
sicherungen, sonstige Versicherungen.

Dr. Jens Rogler, Vorsitzender Richter
am I.G. (stv. Sprecher), Nürnberg,
E-Mail: dr.jens.rogler@gmx.de.
Reiseversicherung, Krankenversiche-
rung, Straßenverkehrshaftung.

Dr. Carla Burmann, Rechtsanwältin,
Berlin,
E-Mail: carlaburmann@
kanzlei-johannsen.de.
Medizinhaftung, Schadensersatz,
Sozialversicherungsrecht.

Dr. Florian Dallwig, Rechtsanwalt
und Notar, Hamm,
E-Mail: fdallwig@grueter.de.
Haftung der freien Berufe
(außer Medizinhaftung).

Dr. Ulf Hoenicke, Meerbusch,
E-Mail: ulf.hoenicke@t-online.de.
Lebens- und Berufsunfähigkeitsver-
sicherung, Unfallversicherung,
Transportversicherung, Vertriebsrecht,
Verfahrens- und Kostenrecht.

Dr. Frank Jungermann, Richter
am OLG, Hamm,
E-Mail: jungermann.rus@gmx.net.
Sonstige Haftung, Versicherungs-
aufsichts- und unternehmensrecht.

Prof. Dr. Karl Maier, Technische
Hochschule Köln,
E-Mail: karl.maier@th-koeln.de.
Kraftfahrtversicherung.

Monika Maria Risch, Rechtsanwältin,
Berlin,
E-Mail: MRisch@ra-risch.de.

Matthias Rudy, Vorsitzender Richter
am I.G., Nürnberg,
E-Mail: rus@mathisrudy.de.
Versicherungsvertragsgesetz.

Prof. Dr. Peter Schimikowski,
Rechtsanwalt, Köln,
E-Mail: peter.schimikowski@th-koeln.de.
Allgemeine Haftpflichtversicherung,
Rechtsschutzversicherung

Einsendungen, insbesondere Ent-
scheidungseinsendungen, bitte an
die Schriftleitung oder an:

Philipp Mützel, Verlag C.H.Beck,
Wilhelmstraße 9, 80801 München.
Tel.: (089) 3 81 89-208
E-Mail: rus@beck.de

Manuskripte und andere Einsendungen:

Alle Einsendungen sind an die o. g.
Adresse zu richten. Es besteht keine
Haftung für Manuskripte, die unver-
langt eingereicht werden. Sie können
nur zurückgegeben werden, wenn
Rückporto beigelegt ist. Die An-
nahme zur Veröffentlichung muss in
Textform erfolgen. Mit der An-
nahme zur Veröffentlichung über-
trägt die Autorin/der Autor dem
Verlag C.H.Beck an ihrem/seinem
Beitrag für die Dauer des gesetz-
lichen Urheberrechts das exklusive,
räumlich und zeitlich unbeschränkte
Recht zur Vervielfältigung und Ver-
breitung in körperlicher Form, das
Recht zur öffentlichen Wiedergabe
und Zugänglichmachung, das Recht
zur Aufnahme in Datenbanken, das
Recht zur Speicherung auf elektroni-
schen Datenträgern und das Recht
zu deren Verbreitung und Vervielfäl-
tigung sowie das Recht zur sonstigen
Verwertung in elektronischer Form.
Hierzu zählen auch heute noch nicht
bekannte Nutzungsformen. Das in
§ 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte
zwingende Zweitverwertungsrecht
der Autorin/des Autors nach Ablauf
von 12 Monaten nach der Veröffent-
lichung bleibt hiervon unberührt.

Redaktionsrichtlinie C.H.Beck:

Redaktionsrichtlinien und Werkab-
kürzungen sind im Zitierportal des
Verlags C.H.Beck abrufbar:
www.zitierportal.de

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in
dieser Zeitschrift veröffentlichten
Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Das gilt auch für die veröf-
fentlichten Gerichtsentscheidungen
und ihre Leitsätze, soweit sie vom
Einsendenden oder von der Schrift-
leitung erarbeitet oder redigiert wor-
den sind. Der Rechtsschutz gilt auch
im Hinblick auf Datenbanken und
ähnliche Einrichtungen. Kein Teil
dieser Zeitschrift darf außerhalb der
engen Grenzen des Urheberrechts-
gesetzes ohne schriftliche Genehmi-
gung des Verlags in irgendeiner Form
vervielfältigt, verbreitet oder öffent-
lich wiedergegeben oder zugänglich
gemacht, in Datenbanken aufgenom-
men, auf elektronischen Datenträ-
gern gespeichert oder in sonstiger
Weise elektronisch vervielfältigt, ver-
breitet oder verwertet werden. Der
Verlag behält sich auch das Recht
vor, das Werk für die automatisierte
Analyse insbesondere zur Erkenn-
nung von Mustern, Trends und Kor-
relationen zu verwenden.

Media Sales: Verlag C.H.Beck GmbH
& Co. KG, Media Sales, Wilhelm-
straße 9, 80801 München, Postan-
schrift: Postfach 40 03 40, 80703
München.

Media Consultants: Telefon (0 89)
3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-
589, E-Mail: mediasales@beck.de
Auftragsmanagement: Telefon (0 89)
3 81 89-609, Telefax (0 89) 3 81 89-
589, E-Mail: anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Dr. Jiri Pavelka.

Verlag: Verlag C.H.Beck GmbH & Co.
KG, Wilhelmstraße 9, 80801 Mün-
chen, Postanschrift: Postfach 40 03
40, 80703 München, Telefon: (0 89)
3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-
398, info@beck.de, Postbank Mün-
chen IBAN: DE82 7001 0080 0006
2298 02, BIC: PBNKDE33XXX.
Amtsgericht München, HRA 48 045.
Persönlich haftende Gesellschafter:
Dr. h. c. Wolfgang Beck (Verleger in
München) und C.H.Beck Verwal-
tungs GmbH, Amtsgericht München,
HRB 254521.

Erscheinungsweise: Zweimal monat-
lich.

Bezugspreise 2025: Jahresabo: Inland
(inkl. r+s DIREKT) € 329,- (inkl.
MwSt.); **Einzelheft:** € 35,- (inkl.
MwSt.). **Versandkosten** jeweils zu-
sätzlich. Die Rechnungsstellung er-
folgt zu Beginn eines Bezugszeitrau-
mes. Abonnement und Bezugspreis
beinhalten die Printausgabe sowie
eine Lizenz für die Online-Ausgabe.
Die Bestandteile des Abonnements
sind nicht einzeln kündbar. Nicht
eingegangene Exemplare können
nur innerhalb von sechs Wochen
nach dem Erscheinungstermin rekla-
miert werden.

Jahrestitelei und -register sind nur
mit dem jeweiligen Heft lieferbar.
Hinweise zu Preiserhöhungen finden
Sie in den beck-shop AGB unter
Ziff. 10.4.

Bestellungen über jede Buchhandlung
und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (089) 3 81 89-750
Telefax: (089) 3 81 89-358
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor
Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns
rechtzeitig Ihre Adressenänderungen
mit. Dabei geben Sie bitte neben
dem Titel der Zeitschrift die neue
und die alte Adresse an.

**Hinweis gemäß Art. 21 Abs. 1 DS-
GVO:** Bei Adressenänderung kann
die Deutsche Post AG dem Verlag
die neue Anschrift auch dann mit-
teilen, wenn kein Nachsendeauftrag
gestellt ist. Hiergegen kann jederzeit
mit Wirkung für die Zukunft Wider-
spruch bei der Post AG eingelegt
werden.

Druck: Druckerei Himmer GmbH,
Steinerne Furt 95, 86167 Augsburg.



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Inhaltsverzeichnis 7/2025**Aufsätze**

Dominik Klimke, Das Leitentscheidungsverfahren vor dem BGH	289
Thomas Schulz, Vorschäden und Darlegungslast	294

Versicherungsvertragsrecht

OLG Braunschweig	11.9.23	11 U 316/21	Einwand der unzulässigen Rechtsausübung bei treuwidriger Vereitelung der Einhaltung der Anfechtungshöchstfrist [m. Anm. von Dawid Ligocki]	296
------------------	---------	-------------	--	-----

Allgemeine Haftpflichtversicherung

OLG Bremen	14.2.25	3 U 13/24	Mangelbeseitigungsnebenkostenklausel in der BHV: Darlegungs- und Beweislast für Folgeschäden [m. Anm. von Peter Schimikowski]	303
OLG Karlsruhe	6.3.25	12 U 75/24	Vorweggenommener Deckungsprozess in der Haftpflichtversicherung. [m. Anm. von Peter Schimikowski]	307

Transportversicherungen

RheinSchiffOG Karlsruhe	15.1.24	22 U 1/21 RHSch	Kollision von Berg- und Talfahrern in der Binnenschiffahrt	314
----------------------------	---------	-----------------	--	-----

Lebensversicherung/Berufsunfähigkeitsversicherung

OLG Stuttgart	30.1.25	2 U 143/23	Rentenanpassungsklausel unwirksam [m. Anm. von Knut Pilz]	315
---------------	---------	------------	---	-----

Sonstige Versicherungen

BVerfG	20.12.24	1 BvR 1779/24	Abkühlungsphase beim Abschluss von Restschuldversicherungen zu Allgemein-Verbraucherdarlehen [m. Anm. von Luis Füllner]	321
--------	----------	---------------	---	-----

Sonstige Haftung

EuGH	19.12.24	C-157/23	Hersteller/Lieferant im Sinne des ProdHaftG [m. Anm. von Thomas Krümmel]	327
------	----------	----------	--	-----

Sozialversicherungsrecht

OLG Hamm

4.10.24

9 U 87/22

Grenzen des Gleichlaufs der Verjährung zwischen Ansprüchen des Geschädigten und auf den Sozialhilfeträger übergegangenen Ansprüchen
[m. Anm. von Carla Burmann]

333

ISSN 0343-9771

r+s recht und schaden

Schriftleitung:

Joachim Felsch (V.i.S.d.P.),
Richter am BGH a.D.
(Sprecher der Schriftleitung),
c/o Verlag C.H.Beck,
Wilhelmstr. 9, 80801 München,
E-Mail: felsch.rus@t-online.de.
Sachversicherung, technische Ver-
sicherungen, sonstige Versicherungen.

Dr. Jens Rogler, Vorsitzender Richter
am LG (stv. Sprecher), Nürnberg,
E-Mail: dr.jens.rogler@gmx.de.
Reiseversicherung, Krankenversiche-
rung, Straßenverkehrshaftung.

Dr. Carla Burmann, Rechtsanwältin,
Berlin,
E-Mail: carlaburmann@
kanzlei-johannsen.de.
Medizinhaftung, Schadensersatz,
Sozialversicherungsrecht.

Dr. Florian Dallwig, Rechtsanwalt
und Notar, Hamm,
E-Mail: fdallwig@grueter.de.
Haftung der freien Berufe
(außer Medizinhaftung).

Dr. Ulf Hoenicke, Meerbusch,
E-Mail: ulf.hoenicke@t-online.de.
Lebens- und Berufsunfähigkeitsver-
sicherung, Unfallversicherung,
Transportversicherung, Vertriebsrecht,
Verfahrens- und Kostenrecht.

Dr. Frank Jungermann, Richter
am OLG, Hamm,
E-Mail: jungermann.rus@gmx.net.
Sonstige Haftung, Versicherungs-
aufsichts- und unternehmensrecht.

Prof. Dr. Karl Maier, Technische
Hochschule Köln,
E-Mail: karl.maier@th-koeln.de.
Kraftfahrtversicherung.

Monika Maria Risch, Rechtsanwältin,
Berlin,
E-Mail: MRisch@ra-risch.de.

Mathis Rudy, Vorsitzender Richter
am LG, Nürnberg,
E-Mail: rus@mathisrudy.de.
Versicherungsvertragsgesetz.

Prof. Dr. Peter Schimikowski,
Rechtsanwalt, Köln,
E-Mail: peter.schimikowski@th-koeln.de.
Allgemeine Haftpflichtversicherung,
Rechtsschutzversicherung

Einsendungen, insbesondere Ent-
scheidungsentsendungen, bitte an
die Schriftleitung oder an:

Philipp Mützel, Verlag C.H.Beck,
Wilhelmstraße 9, 80801 München.
Tel.: (089) 3 81 89-208
E-Mail: rus@beck.de

Manuskripte und andere Einsendungen:

Alle Einsendungen sind an die o. g.
Adresse zu richten. Es besteht keine
Haftung für Manuskripte, die unver-
langt eingereicht werden. Sie können
nur zurückgegeben werden, wenn
Rückporto beigelegt ist. Die An-
nahme zur Veröffentlichung muss in
Textform erfolgen. Mit der An-
nahme zur Veröffentlichung über-
trägt die Autorin/der Autor dem
Verlag C.H.Beck an ihrem/seinem
Beitrag für die Dauer des gesetz-
lichen Urheberrechts das exklusive,
räumlich und zeitlich unbeschränkte
Recht zur Vervielfältigung und Ver-
breitung in körperlicher Form, das
Recht zur öffentlichen Wiedergabe
und Zugänglichmachung, das Recht
zur Aufnahme in Datenbanken, das
Recht zur Speicherung auf elektroni-
schen Datenträgern und das Recht
zu deren Verbreitung und Vervielfäl-
tigung sowie das Recht zur sonstigen
Verwertung in elektronischer Form.
Hierzu zählen auch heute noch nicht
bekannte Nutzungsformen. Das in
§ 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte
zwingende Zweitverwertungsrecht
der Autorin/des Autors nach Ablauf
von 12 Monaten nach der Veröffent-
lichung bleibt hiervon unberührt.

Redaktionsrichtlinie C.H.Beck:

Redaktionsrichtlinien und Werkab-
kürzungen sind im Zitierportal des
Verlags C.H.Beck abrufbar:
www.zitierportal.de

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in
dieser Zeitschrift veröffentlichten
Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Das gilt auch für die veröf-
fentlichten Gerichtsentscheidungen
und ihre Leitsätze, soweit sie vom
Einsendenden oder von der Schrift-
leitung erarbeitet oder redigiert wor-
den sind. Der Rechtsschutz gilt auch
im Hinblick auf Datenbanken und
ähnliche Einrichtungen. Kein Teil
dieser Zeitschrift darf außerhalb der
engen Grenzen des Urheberrechts-
gesetzes ohne schriftliche Genehmi-
gung des Verlags in irgendeiner Form
vervielfältigt, verbreitet oder öffent-
lich wiedergegeben oder zugänglich
gemacht, in Datenbanken aufgenom-
men, auf elektronischen Datenträ-
gern gespeichert oder in sonstiger
Weise elektronisch vervielfältigt, ver-
breitet oder verwertet werden. Der
Verlag behält sich auch das Recht
vor, das Werk für die automatisierte
Analyse insbesondere zur Erkenn-
nung von Mustern, Trends und Kor-
relationen zu verwenden.

Media Sales: Verlag C.H.Beck GmbH
& Co. KG, Media Sales, Wilhelm-
straße 9, 80801 München, Postan-
schrift: Postfach 40 03 40, 80703
München.

Media Consultants: Telefon (089)
3 81 89-687, Telefax (089) 3 81 89-
589, E-Mail: mediasales@beck.de
Auftragsmanagement: Telefon (089)
3 81 89-609, Telefax (089) 3 81 89-
589, E-Mail: anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Dr. Jiri Pavelka.

Verlag: Verlag C.H.Beck GmbH & Co.
KG, Wilhelmstraße 9, 80801 Mün-
chen, Postanschrift: Postfach 40 03
40, 80703 München, Telefon: (089)
3 81 89-0, Telefax: (089) 3 81 89-
398, info@beck.de, Postbank Mün-
chen IBAN: DE82 7001 0080 0006
2298 02, BIC: PBNKDE33XXX.
Amtsgericht München, HRA 48 045.
Persönlich haftende Gesellschafter:
Dr. h. c. Wolfgang Beck (Verleger in
München) und C.H.Beck Verwal-
tungs GmbH, Amtsgericht München,
HRB 254521.

Erscheinungsweise: Zweimal monat-
lich.

Bezugspreise 2025: *Jahresabo:* Inland
(inkl. r+s DIREKT) € 329,- (inkl.
MwSt.); *Einzelheft:* € 35,- (inkl.
MwSt.). **Versandkosten** jeweils zu-
sätzlich. Die Rechnungsstellung er-
folgt zu Beginn eines Bezugszeitrau-
mes. Abonnement und Bezugspreis
beinhalten die Printausgabe sowie
eine Lizenz für die Online-Ausgabe.
Die Bestandteile des Abonnements
sind nicht einzeln kündbar. Nicht
eingegangene Exemplare können
nur innerhalb von sechs Wochen
nach dem Erscheinungstermin reklä-
miert werden.
Jahrestei und -register sind nur
mit dem jeweiligen Heft lieferbar.
Hinweise zu Preiserhöhungen finden
Sie in den beck-shop AGB unter
Ziff. 10.4.

Bestellungen über jede Buchhandlung
und beim Verlag.

KundenserviceCenter:

Telefon: (089) 3 81 89-750
Telefax: (089) 3 81 89-358
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor
Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns
rechtzeitig Ihre Adressenänderungen
mit. Dabei geben Sie bitte neben
dem Titel der Zeitschrift die neue
und die alte Adresse an.

**Hinweis gemäß Art. 21 Abs. 1 DS-
GVO:** Bei Anschriftenänderung kann
die Deutsche Post AG dem Verlag
die neue Anschrift auch dann mit-
teilen, wenn kein Nachsendeauftrag
gestellt ist. Hiergegen kann jederzeit
mit Wirkung für die Zukunft Wider-
spruch bei der Post AG eingelegt
werden.

Druck: Druckerei Himmer GmbH,
Steinerne Furt 95, 86167 Augsburg.



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Heft 7 | 15. April 2025

MELDUNGEN INFOS EN BREF

Aktuelle Meldungen für die Rechtspraxis **337**

Zur amtlichen Publikation vorgesehene Urteile des Bundesgerichts | Arrêts du Tribunal fédéral destinés à la publication dans le Recueil officiel **338**

LEITARTIKEL ARTICLE DE FOND

Marktmissbrauch auf Kryptomärkten (Teil 1) Risiken und Herausforderungen aus Schweizer Perspektive

Dr. iur. Cédric Remund, Rechtsanwalt, und François Meier, LL.M., Rechtsanwalt

Die heutige Rechtslage der schweizerischen Marktmissbrauchsverbote in Bezug auf Kryptomärkte erinnert an die Situation in den 1980er- resp. den 1990er-Jahren, als die Verfolgung von Marktmissbrauch in der Schweiz im internationalen Vergleich zurückblieb. Auf ausländischen Druck hin führte die Schweiz damals neue Straftatbestände ein, insbesondere um Rechtshilfe leisten zu können. Besteht heute erneut Anpassungsbedarf im schweizerischen Recht? In Teil 1 dieses Beitrags werden die Grenzen der Marktmissbrauchsverbote auf Kryptomärkten aufgezeigt. In Teil 2 (SJZ 2025 8) werden alternative Tatbestände geprüft sowie anhand von Praxisbeispielen die Auswirkungen auf die Rechtshilfe und die Geldwäscherei erläutert. **339**

ENTWICKLUNGEN LE POINT SUR

Entwicklungen im Erbrecht | Le point sur le droit successoral

Prof. Dr. iur. Peter Breitschmid und Dr. iur. Annina Meyer-Vögeli, Rechtsanwältin

Berichtszeitraum Dezember 2023 bis November 2024 **352**

RECHTSPRECHUNG JURISPRUDENCE

Aktuelle bundesgerichtliche Rechtsprechung La jurisprudence récente du Tribunal fédéral

Bundesgericht, Urteil 4A_481/2024 vom 3. Dezember 2024. Art. 271a OR. Leerverkaufskündigungen sind zulässig. Nur wenn ein offensichtliches Missverhältnis der Interessen vorliegt, sind sie ausnahmsweise als missbräuchlich zu qualifizieren. **367**

Bundesgericht, Urteil 5A_126/2024 vom 17. Dezember 2024. Art. 30 Abs. 1 ZGB. Das Argument, die Führung eines illustren Familiennamens erleichtere das wirtschaftliche, gesellschaftliche und anderweitige Fortkommen, rechtfertigt noch keine Namensänderung. **369**

Bundesgericht, Urteil 5A_604/2024 vom 31. Dezember 2024. Art. 125 Abs. 2 ZGB. Die Pflicht zur Leistung nachehelichen Unterhaltes soll längstens bis zum ordentlichen Pensionierungsalter des Unterhaltspflichtigen begrenzt sein. Das Abweichen vom Limitierungsgrundsatz muss die Ausnahme sein. **370**

Kantonale Rechtsprechung La jurisprudence cantonale

Kantonsgericht Luzern, 2. Abteilung, Entscheid 4M 22 105 = LGVE 2023 II Nr. 6 vom 30. Mai 2023. Art. 6, Art. 343 Abs. 1 und 3, Art. 389 Abs. 3 StPO. In «Aussage gegen Aussage»-Konstellationen ist das erwachsene Opfer im Strafverfahren insgesamt mindestens zweimal zu befragen. Davon ist mindestens eine Befragung audiovisuell aufzuzeichnen. Die erste Einvernahme hat möglichst rasch nach dem inkriminierten Vorfall zu erfolgen, die zweite Befragung in der Regel innert sechs Monaten nach der ersten. **372**

GESETZGEBUNG LÉGISLATION

Individualbesteuerung: Gegenentwurf

Der Bundesrat hatte zur Volksinitiative (24.026) «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuer-gerechtigkeits-Initiative)» einen Gegenentwurf verfasst. Diesen hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-SR) intensiv beraten und ist schliesslich darauf eingetreten. **374**

BERUFSPRAXIS LA PAGE DES PRATICIENS

Wie gewonnen, so zerronnen: Zum Verlust anwaltlicher Erfolgsprämien bei mangelhafter Honoraraufklärung

Eine Analyse anhand von BGer 4A_40/2023 +
4A_44/2023 vom 4. Juli 2024

Prof. Dr. iur. Lorenz Droese, Rechtsanwalt und Franco Strub,
M.A. HSG in Law and Economics, Rechtsanwalt

Eine im Lichte von Art. 12 lit. e BGFA zulässige Erfolgsprämie (*palmarium*) kann nach dem unpublizierten Bundesgerichts-
urteil BGer 4A_40/2023 + 4A_44/2023 vom 4. Juli 2024
ihre Grundlage nur in einer Vereinbarung – und nicht in einer
Übung oder kantonalen Gesetzesnorm – haben. Eine Verein-
barung wiederum ist nur gültig, wenn der Anwalt in Nach-
achtung von Art. 12 lit. i BGFA seine Klientschaft bereits bei

Annahme des Auftrags ausdrücklich darüber informiert hat,
welches konkrete Ergebnis die Prämie auslöst. Diese Ver-
knüpfung der berufsrechtlichen Aufklärungspflicht mit dem
zivilrechtlichen Honoraranspruch relativiert zwei publizierte
Bundesgerichtsentscheide zu anwaltlichen Erfolgshonora-
ren.

376

SERVICE SERVICES

Veranstaltungskalender | Calendrier des manifestations

381

Buchbesprechungen | Comptes rendus d'ouvrages

382

Vorschau | Aperçu

384

Impressum | Impressum

384

Index zur neuen ID-Nummer | Index du nouveau numéro ID

Mithilfe der neuen ID-Nummern gelangen Sie auf www.sjz.ch zu weiterführenden Fachinformationen. Geben Sie hierfür
die ID-Nummer in der Online-Datenbank im Suchfeld ein. Die Icons helfen Ihnen bei der Orientierung.

Le nouveau numéro ID vous conduit aux informations spécialisées complémentaires. Entrez le numéro ID dans le
champ de recherche de la base de données en ligne sur www.sjz.ch. Les icônes ci-après vous aident à vous orienter.



Gesamtbeitrag
Lire l'article entier



Kurzinterview
Bref interview



Standpunkt
Point de vue



Veranstaltung
Manifestation



Arbeitshilfe
Documentation

Heft 8 | 1. Mai 2025

MELDUNGEN INFOS EN BREF

Aktuelle Meldungen für die Rechtspraxis **389**
Zur amtlichen Publikation vorgesehene Urteile des Bundesgerichts | Arrêts du Tribunal fédéral destinés à la publication dans le Recueil officiel **390**

LEITARTIKEL ARTICLE DE FOND

Marktmissbrauch auf Kryptomärkten (Teil 2) Risiken und Herausforderungen aus Schweizer Perspektive

Dr. iur. Cédric Remund, Rechtsanwalt, und François Meier, LL.M., Rechtsanwalt

Die heutige Rechtslage der schweizerischen Marktmissbrauchsverbote in Bezug auf Kryptomärkte erinnert an die Situation in den 1980er- resp. den 1990er-Jahren, als die Verfolgung von Marktmissbrauch in der Schweiz im internationalen Vergleich zurückblieb. Auf ausländischen Druck hin führte die Schweiz damals neue Straftatbestände ein, insbesondere um Rechtshilfe leisten zu können. Besteht heute erneut Anpassungsbedarf im schweizerischen Recht? Teil 1 (SJZ 2025 7) dieses Beitrags skizzierte die Umrisse der Marktmissbrauchsverbote auf Kryptomärkten. In Teil 2 werden nun alternative Tatbestände geprüft sowie anhand von Praxisbeispielen praktische Auswirkungen auf Rechtshilfe und Geldwäscherei erläutert. **391**

ENTWICKLUNGEN LE POINT SUR

Le point sur la partie générale du droit des obligations | Entwicklungen im Obligationenrecht, Allgemeiner Teil

Prof. Dr iur. Pascal Pichonnaz, LL.M. (Berkeley), avocat, et Camille de Salis, MLaw

Période de février 2024 à janvier 2025 **402**

RECHTSPRECHUNG JURISPRUDENCE

Aktuelle bundesgerichtliche Rechtsprechung La jurisprudence récente du Tribunal fédéral

Bundesgericht, Urteil 1C_490/2024 vom 9. Dezember 2024. Art. 81a Abs. 2 BV. Eine kantonale oder kommunale Volksinitiative, welche die Kostenlosigkeit des öffentlichen Verkehrs für den überwiegenden Teil der Nutzer verlangt, verstösst gegen die Bundesverfassung. **414**

Bundesgericht, Urteil 1C_678/2023 vom 9. Dezember 2024. Art. 29 Abs. 2 BV. Es spricht nichts dagegen, im Zusammenhang mit dem Akteneinsichtsrecht den Anspruch auf Herstellung von Kopien auf andere Formen wie Scannen oder Fotografieren mit dem Mobiltelefon zu erstrecken. **415**

Bundesgericht, Urteil 4A_418/2024 vom 20. Dezember 2024. Art. 253, Art. 265 und Art. 270 ZPO. Schutzschriften sind der Partei, welche vorsorgliche Massnahmen beantragt hat, zur Stellungnahme zuzustellen. Das Gericht darf ein Gesuch um vorsorgliche Massnahmen dementsprechend nicht abweisen, ohne der gesuchstellenden Partei Gelegenheit zur Äusserung zur Schutzschrift gegeben zu haben. Davon ausgenommen sind offensichtlich unzulässige und offensichtlich unbegründete Gesuche. Ebenfalls ausgenommen sind Entscheide über superprovisorische Anordnungen, welche naturgemäss ohne vorgängige Anhörung erfolgen. **417**

Bundesgericht, Urteil 1C_351/2024, 1C_453/2024 vom 6. Januar 2025. Art. 30 Abs. 1 BV; Art. 6 Ziff. 1 EMRK. Auch informelle Hierarchien innerhalb des Gerichts können die richterliche Unabhängigkeit gefährden und ein Ausstandsgrund sein. **418**

Kantonale Rechtsprechung La jurisprudence cantonale

Kantonsgericht Luzern, 1. Abteilung, Entscheid 1B 21 22 = LGVE 2022 I Nr. 2 vom 7. März 2022. Art. 17, Art. 29 Abs. 1 lit. c ZPO; Art. 837 Abs. 1 Ziff. 3, Art. 839 Abs. 3 ZGB; Art. 18 Abs. 1 OR; Art. 37 Abs. 3 SIA-Norm 118. Für Klagen auf Errichtung gesetzlicher Pfandrechte – wie das

Bauhandwerkerpfandrecht – ist eine Prorogation grundsätzlich zulässig. Die sachliche Reichweite einer Gerichtsstandsklausel ist durch Auslegung zu ermitteln. Entscheidend ist dabei, ob der Rechtsstreit für die betroffene Partei im Zeitpunkt ihrer Zustimmung zur Gerichtsstandsklausel hinreichend vorhersehbar war. Eine uneingeschränkte Gerichtsstandsklausel findet auch auf Klagen auf definitive Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts Anwendung, wenn von einer geschäftserfahrenen Partei keine entsprechende Einschränkung vorgenommen wurde. **420**

GESETZGEBUNG LÉGISLATION

Fehlverhalten von Richterinnen und Richtern soll sanktioniert werden können

Nach Erkenntnissen der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) kommt es auch an den eidgenössischen Gerichten immer wieder zu Fehlverhalten von Richterinnen und Richtern.

Sanktionierungen sind dafür – abgesehen von der Amtsenthebung – nicht vorgesehen. Darum halten es die GPK für notwendig, ein Disziplinarsystem einzuführen, und haben dazu eine parlamentarische Initiative eingereicht. **424**

SERVICE SERVICES

Veranstaltungskalender | Calendrier des manifestations **426**

Tagungsbesprechungen | Comptes rendus de conférence **427**

Vorschau | Aperçu **436**

Impressum | Impressum **436**

Index zur neuen ID-Nummer | Index du nouveau numéro ID

Mithilfe der neuen ID-Nummern gelangen Sie auf www.sjz.ch zu weiterführenden Fachinformationen. Geben Sie hierfür die ID-Nummer in der Online-Datenbank im Suchfeld ein. Die Icons helfen Ihnen bei der Orientierung.

Le nouveau numéro ID vous conduit aux informations spécialisées complémentaires. Entrez le numéro ID dans le champ de recherche de la base de données en ligne sur www.sjz.ch. Les icônes ci-après vous aident à vous orienter.



Gesamtbeitrag
Lire l'article entier



Kurzinterview
Bref interview



Standpunkt
Point de vue



Veranstaltung
Manifestation



Arbeitshilfe
Documentation

Verkehrsrechts- Sammlung

Entscheidungen
aus allen Gebieten
des Verkehrsrechts

Herausgeber:
Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG,
Berlin

Band 148
Heft 1
Januar 2025

Seite 1 Nr. **1**

Dem Geschädigten wird durch § 287 ZPO nicht nur die Beweisführung, sondern bereits die Darlegung erleichtert. Er muss zur substantiierten Darlegung des mit der Klage geltend gemachten Schadens weder ein Privatgutachten vorlegen noch ein vorgelegtes Privatgutachten dem Ergebnis der Beweisaufnahme oder der gerichtlichen Überzeugungsbildung entsprechend ergänzen. Der Geschädigte kann durch einen gerichtlich bestellten Sachverständigen aufklären lassen, in welcher geringeren als von ihm ursprünglich geltend gemachten Höhe Reparaturkosten anfallen.

BGH, Beschluss vom 30. Juli 2024

Seite 3 Nr. **2**

Der Geschädigte kann einen adäquat kausal unfallbedingten und nach § 842 BGB, § 11 StVG zu ersetzenden Verdienstausfallschaden erleiden, wenn er berechtigterweise auf die ihm ärztlicherseits bescheinigte Arbeitsunfähigkeit vertraut und deshalb nicht zur Arbeit geht.


BGH, Urteil vom 8. Oktober 2024

Seite 6 Nr. **3**

1. Dem Anspruch auf Bereitstellung der Token-Datei und des zugehörigen Passworts zum Zwecke der Entschlüsselung und Verifizierung des Falldatensatzes zu der dem Betroffenen zur Last gelegten Geschwindigkeitsmessung kann nicht entgegengehalten werden, dass die Verwaltungsbehörde lediglich über einen sog. Sammel-Token verfügt, der die Entschlüsselung auch solcher Falldatensätze erlauben soll, die von anderen Messgeräten stammen. Soweit das Amtsgericht hinsichtlich der Anordnung der Herausgabe dieses Sammel-Tokens datenschutzrechtliche Bedenken hegt, greifen diese jedenfalls insoweit nicht durch, als dass der Verteidigung auch ein sog. Einzel-Token zur Verfügung gestellt werden kann.

2. Will oder darf die Verwaltungsbehörde diesen digitalen Schlüssel aus datenschutzrechtlichen Gründen oder vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Hersteller nicht herausgeben, darf dies von Rechts wegen nicht das Recht der Verteidigung auf Einsicht in den digitalen Falldatensatz beeinträchtigen, sofern die technische Möglichkeit besteht, der Verteidigung auch ohne Herausgabe des Sammel-Tokens, etwa durch Übermittlung eines, ggf. zu beschaf-

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

 universität
innsbruck

Universitäts- und
Landesbibliothek Tirol

fenden, Einzeltokens die Entschlüsselung des Falldatensatzes der verfahrensgegenständlichen Messung zu ermöglichen.

3. [...]

(redaktionelle Leitsätze)

OLG Saarbrücken, Beschluss vom 14. März 2024

Seite 16 Nr. **4**

1. Bei der Frage, ob ein grober Verstoß gegeben ist, sind die Umstände des Einzelfalles – auch unter Berücksichtigung von Irrtumsaspekten – gegeneinander abzuwägen.

2. Bei notstandsähnlichen Situationen (z.B. tatrichterlich festgestelltes dringendes Bedürfnis zur Verrichtung einer Notdurft) kann – je nach den Umständen des Einzelfalles – das Handlungsunrecht für die Anordnung eines Fahrverbots fehlen.

OLG Hamm, Beschluss vom 28. März 2024

Seite 18 Nr. **5**

Schwenkt beim Rechtsabbiegen eines Lang-Lkws die linke vordere Ecke seines Anhängers um ca. einen Meter nach links in die fremde Fahrbahn aus und kann der Fahrer den hierdurch gefährdeten Verkehrsraum nicht beobachten, muss sich der Fahrer von einer anderen Person einweisen lassen.

OLG Stuttgart, Urteil vom 11. April 2024

Seite 22 Nr. **6**

1. [...]

2. Die Feststellung eines nach § 315c StGB tatbestandlichen Gefährdungsschadens erfordert zwei Prüfschritte: Zunächst ist zu fragen, ob es sich bei der gefährdeten Sache um eine solche von bedeutendem Wert gehandelt hat. Wird dies bejaht, so ist weiter zu prüfen, ob ihr auch ein bedeutender Schaden gedroht hat, wobei ein tatsächlich entstandener Schaden geringer sein kann als der allein maßgebliche „überschießende“ Gefährdungsschaden.

3. Befassen sich die Urteilsgründe entgegen § 267 Abs 3 S 4 StPO nicht mit der vom Verteidiger beantragten Möglichkeit der Verwarnung mit Strafvorbehalt, so liegt eine mit der Verfahrensrüge geltend zu machende Verletzung dieser Vorschrift auch dann vor, wenn das sachliche Recht die Prüfung des § 59 StGB keinesfalls nahelegt (Anschluss OLG Hamm, Beschluss vom 4. September 2008 – 3 Ss 370/08 und OLG Hamm, Beschluss vom 19. November 1985 – 4 Ss 1328/85).

KG Berlin, Beschluss vom 12. April 2024

Seite 25 Nr. **7**

1. Bei der Kollision eines Linksabbiegers mit dem Vorfahrtsberechtigten, der mit deutlich überhöhter Geschwindigkeit fährt, kann eine Haftungsteilung geboten sein.

2. Die Unterscheidung zwischen innerörtlichem und außerörtlichem Verkehr ist formal zu betrachten.

3. Die Rechtsprechung des Kammergerichts zur regelmäßig vollen Haftung desjenigen, der im innerörtlichen Verkehr die zulässige Geschwindigkeit um mindestens 100% bei einer Geschwindigkeit von absolut über 100 km/h überschreitet, lässt sich nicht auf Fälle des außerörtlichen Verkehrs übertragen.

OLG Schleswig, Urteil vom 16. April 2024

Seite 29 Nr. **8**

1. Eine vorsätzliche Obliegenheitsverletzung wegen der Falschbeantwortung einer Antragsfrage (hier: zur Abgabe einer Vermögensauskunft) liegt auch dann vor, wenn der Versicherungsnehmer diese falsch beantwortet, weil er den erfragten Umstand für unerheblich hält.

2. Die Berufung auf Treu und Glauben trotz einer arglistigen Täuschung durch den Versicherungsnehmer kommt nur dann in Betracht, wenn die Täuschung nur einen geringen Teil des versicherten Schadens betrifft und weitere Billigkeitsmomente zugunsten des Versicherungsnehmers zu berücksichtigen sind.

OLG Dresden, Beschluss vom 18. April 2024

Seite 33 Nr. **9**

1. Eine vorsätzliche Obliegenheitsverletzung liegt auch dann vor, wenn der Versicherungsnehmer seine Mitwirkung an der Aufklärung eines Diebstahls von einer vorherigen Zahlung des Versicherers abhängig macht.

2. Ein solches Verhalten stellt sich auch dann als arglistig dar, wenn der Versicherer hiermit Beweisschwierigkeiten vermeiden will, einer betrügerischen Absicht bedarf es nicht.

OLG Dresden, Beschluss vom 10. Juni 2024

Seite 37 Nr. **10**

1. Wird ein Taxi durch einen Verkehrsunfall beschädigt, hat der Schädiger gemäß § 249 Abs 2 S 1 BGB grundsätzlich die erforderlichen Kosten für die Anmietung eines Ersatzfahrzeugs während der Reparaturzeit zu ersetzen. Der Geschädigte kann nur ausnahmsweise gemäß § 251 Abs 2 S 1 BGB auf den entgangenen Gewinn verwiesen werden, wenn die Kosten für die Anmietung eines Ersatzfahrzeugs unverhältnismäßig sind.

2. Für die Beurteilung der Frage, wann die Kosten für die Anmietung eines Ersatztaxi unverhältnismäßig sind, kommt es auf eine Gesamtbetrachtung aller Umstände des Einzelfalles an. Dazu gehört auch das Verhältnis zwischen den Netto-Mietfahrzeugkosten und dem mit dem Ersatzfahrzeug erwirtschafteten Gewinn, wobei eine starre Höchstgrenze insoweit nicht besteht.

3. Im Rahmen des Schadensersatzes für die Anmietung eines Ersatztaxi hat sich der Geschädigte ersparte Eigenaufwendungen anrechnen zu lassen, die bei einem durchschnittlich genutzten Taxi im Ein-Schicht-Betrieb gemäß § 287 ZPO mit 10% der Netto-Mietkosten anzusetzen sind.

OLG Schleswig, Urteil vom 16. Juli 2024

Verkehrsrechts- Sammlung

Entscheidungen aus allen Gebieten des Verkehrsrechts

Herausgeber:
Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG,
Berlin

Band 148
Heft 2
Februar 2025

Seite 57 Nr. **14**

Zur Schätzung von Nutzungsvorteilen bei Wohnmobilen im Rahmen der deliktischen Vorteilsausgleichung.

BGH, Beschluss vom 29. Oktober 2024

Seite 58 Nr. **15**

Zur Haftung des Betreibers einer Portalwaschanlage für die Beschädigung eines mit einem serienmäßigen Heckspoiler ausgestatteten Fahrzeugs.

BGH, Urteil vom 21. November 2024

Seite 63 Nr. **16**

1. Bei einem <4 m hohen Hallenvordach auf einem Betriebsgelände liegt keine Verletzung der Verkehrssicherungspflichten vor, wenn die geringe Höhe des Vordachs für jedermann unschwer erkennbar war und durch orangefarbene Ballons auf die damit verbundenen Gefahren hingewiesen wurde. Weitere Hinweise (z. B. Markierungen auf der Straße; Poller etc.) waren nicht erforderlich.

2. Bei einem mit Dachpappe gedeckten Flachdach ist im Wege der Vorteilsanrechnung ein entsprechender Abzug neu für alt gerechtfertigt. Ein solches Dach weist — im Vergleich zu einem Ziegel oder Blechdach — eine geringere Lebensnutzungsdauer auf. Es ist üblicherweise anfällig für Undichtigkeiten und muss regelmäßig gewartet und erneuert werden. Die Nutzungsdauer solcher Bitumendächer kann auf 25 Jahre geschätzt werden.

OLG Schleswig, Beschluss vom 23. April 2024

Seite 65 Nr. **17**

1. Das Absehen von der Einholung eines von der unterliegenden Partei angebotenen unfallanalytischen Sachverständigen-gutachtens mit der Begründung, die urkundliche Verwertung eines im parallel geführten Ermittlungsverfahren eingeholten Gutachtens reiche aus, kann verfahrensfehlerhaft sein.

2. Zum Beweiswert eines Unfallsachverständigen-gutachtens, das im Rahmen eines gegen den Fahrer eingeleiteten Ermittlungsverfahrens eingeholt wird, im Hinblick auf zivilrechtliche Ansprüche.

OLG Frankfurt, Beschluss vom 24. April 2024

1. Die Pflicht zur zweiten Rückschau hat möglichst uneingeschränkt zu gelten. Sie verhütet Unfälle und stellt keine Überforderung dar. Die Ausnahme des § 9 Abs. 1 Satz 4, 2. Halbs. StVO ist daher eng auf solche Fälle beschränkt, in denen ein Linksüberholen technisch unmöglich, besonders grob verkehrswidrig und auch bei größter Sorgfalt nicht voraussehbar ist oder bei der Gewissheit, dass der nachfolgende Verkehr das Abbiegen nach links erkannt hat. Eine Gefährdung des nachfolgenden Verkehrs ist nicht schon dann ausgeschlossen, wenn – wie in Überholverbotszonen – ein Linksüberholen allein aus rechtlichen Gründen unzulässig ist

2. Hat der Linksabbieger rechtzeitig den Blinker gesetzt und kann ihm lediglich die Missachtung der zweiten Rückschaupflicht vorgeworfen werden und hat der Überholer ein Überholverbot missachtet, ist von einer überwiegenden Haftung des Überholenden auszugehen. Ihn trifft in der Regel einen Haftungsanteil von 2/3. (redaktionelle Leitsätze)

OLG Zweibrücken, Urteil vom 24. April 2024

1. Für die Anwendung des § 10 Satz 1 StVO ist zu Gunsten des in einen Einmündungstrichter Einbiegenden kein Raum, wenn er im Hinblick auf § 10 Satz 3 StVO und Zeichen 205 Anlage 2 zu § 41 Abs. 1 StVO vorfahrtsberechtigt ist.

2. Diese Vorfahrtsberechtigung beim Einbiegen in einen Einmündungstrichter bezieht sich nur auf die vom Einbiegenden aus betrachtet ganz rechte Fahrbahnseite (im Anschluss an OLG Saarbrücken Urteil vom 29. März 2018 – 4 U 56/17, r+s 2018, 492 = juris Rn. 45 m.w.N.), so dass der Einbiegende § 2 Abs. 2 StVO zu beachten hat.

3. Der in den Einmündungstrichter Einbiegende muss zudem im Einzelfall im Hinblick auf § 1 Abs. 2 StVO beim endgültigen Einbiegen in die untergeordnete Zufahrtsstraße zum Einmündungstrichter – wie hier bei einer einspurigen Zufahrtsstraße – an der Sichtlinie anhalten und dem aus der Zufahrtsstraße Kommenden (ggf. nach entsprechender Verständigung) Vorfahrt gewähren.

OLG Hamm, Urteil vom 26. April 2024

1. Ein allgemein zugänglicher privater Parkplatz gehört zum räumlichen Bereich des öffentlichen Straßenverkehrs. Auch derjenige, der sein Fahrzeug auf einer öffentlichen Fläche abstellt, ist während der gesamten Dauer und auch bei Abwesenheit Verkehrsteilnehmer.

2. Die Annahme eines „Verkehrsunfalls“ setzt nach dem Schutzzweck der Norm des § 142 StGB einen strassenverkehrsspezifischen Gefahrezusammenhang voraus. In dem „Verkehrsunfall“ müssen sich gerade die typischen Gefahren des Straßenverkehrs verwirklicht haben. Eine solche Reduzierung des Tatbestandes ist erforderlich, um schädigende Geschehensabläufe von der Bewertung als „Verkehrsunfall“ auszuschließen, die völlig außerhalb des Straßenverkehrs liegen.

3. Der erforderliche strassenverkehrsspezifische Zusammenhang ist auch dann gegeben, wenn sich die Gefahr verwirklicht hat, die dadurch entsteht, dass sich ein Fußgänger – wie hier der Angeklagte – auf einem Supermarktparkplatz im räumlichen Bereich der dort

abgestellten Kraftfahrzeuge bewegt, etwa um zu seinem Fahrzeug zu gelangen.

4. Der Tatbestand des § 142 StGB wird lediglich durch einen völlig belanglosen Schaden ausgeschlossen. Sachschäden werden als völlig belanglos angesehen, wenn Schadensersatzansprüche üblicherweise nicht gestellt werden. Bei einer festzustellenden Schramme und einer deutlich sichtbaren Eindellung am Fahrzeug des Geschädigten ist das nicht der Fall.

OLG Naumburg, Beschluss vom 6. Mai 2024

bleibt bei einer Kollision mit einer geöffneten Fahrzeugtür offen, ob die Tür während der Vorbeifahrt weiter geöffnet wurde, kommt eine Alleinhaftung des Vorbeifahrenden regelmäßig nicht in Betracht (Abgrenzung zu LG Saarbrücken, Urteil vom 10. November 2023 – 13 S 8/23).

OLG Saarbrücken, Urteil vom 5. Juli 2024

1. Der Begriff „bei dem Betrieb eines Kraftfahrzeugs“ i.S.v. § 7 StVG ist weit zu fassen.

2. Die Haftung aus Betriebsgefahr verwirklicht sich auch dann, wenn einzig die von außen wirkende Kraft des Windes den Schaden im ruhenden Verkehr bewirkt hat. Die Beeinflussung von Fahrzeugen (insbesondere mit höheren Auflaufbauten) durch Wind stellt grundsätzlich auch eine typische Gefahrenquelle des Straßenverkehrs dar, die bei wertender Betrachtung vom Schutzzweck der Gefährdungshaftung mit erfasst wird.

3. Der angebotene Zeugenbeweis im zweiten Rechtszug kann gem. §§ 529, 531 ZPO verspätet sein, wenn der Zeuge erstinstanzlich nur für unstreitige Tatsachen benannt worden ist und erstmals mit der Berufung auch für streitige Behauptungen benannt wird.

OLG Schleswig, Beschluss vom 31. Juli 2024

Bei Ersatz eines beschädigten Verkehrsschildes erfolgt regelmäßig kein Abzug „Neu für Alt“. Die Nutzungszeit eines Verkehrsschildes ist nicht allein anhand des Verschleißes zu beurteilen, sondern auch anhand des Nutzens für den konkreten Straßenabschnitt, welcher aus verschiedenen Gründen entfallen kann bzw. länger oder kürzer als die tatsächliche Nutzungszeit ist, beispielsweise durch geänderte Verkehrsführung nebst Ausschilderung im Zusammenhang mit Verkehrswegebauwerken – oder beispielhaft im Falle Dresdens jüngst mit dem Einsturz der Carola-Brücke und dadurch verursachter Änderung der Verkehrswege nebst Beschilderung.

LG Dresden, Urteil vom 20. Dezember 2024

Dem Verwaltungsgericht ist es nicht verwehrt, aufgrund von Zeugenaussagen zu der Überzeugung zu gelangen, dass ein regelmäßiger Cannabiskonsum vorliegt. Es gibt keinen Beweisgrundsatz, dass ein regelmäßiger Cannabiskonsum allein anhand der Ergebnisse von Blutproben und nicht etwa aufgrund von Zeugenaussagen bewiesen werden kann.

OVG Magdeburg, Beschluss vom 25. April 2024

Verkehrsrechts-Sammlung

Entscheidungen
aus allen Gebieten
des Verkehrsrechts

Herausgeber:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG,
Berlin

Band 148

Heft 3

März 2025

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG



universität
innsbruck

Universitäts- und
Landesbibliothek Tirol

Seite 113 Nr. **26**

1. Zum Nichtbestehen eines Widerrufsrechts des Leasingnehmers im Falle eines Leasingvertrags mit Kilometerabrechnung (im Anschluss an EuGH, Urteil vom 21. Dezember 2023 — C-38/21, C-47/21, C-232/21 — BMW Bank; Senatsurteil vom 24. Februar 2021 — VIII ZR 36/20).

2. Zur Frage des Vorliegens eines Kraftfahrzeugvermietungsvertrags im Sinne von § 312g Abs. 2 Nr. 9 BGB.

BGH, Urteil vom 25. September 2024

Seite 124 Nr. **27**

Beim Ankauf eines gebrauchten Kraftfahrzeuges durch einen gewerblichen Autohändler von einem privaten Verkäufer trifft den Händler jedenfalls dann eine Pflicht zur näheren eigenen Untersuchung, wenn er die nach Mitteilung des Verkäufers behobene Vorschädigung des Fahrzeuges kennt, das er weiter zu veräußern beabsichtigt.

OLG Naumburg, Urteil vom 13. Mai 2024

Seite 131 Nr. **28**

1. Steht dem Tatrichter zur Beurteilung der Schuldfähigkeit lediglich das Ergebnis eines polizeilichen „Vortests“ durch ein Atemalkoholmessgerät zur Verfügung, bei dem der an sich als Milligramm pro Liter Blut gemessene Atemalkohol in einen als Promille ausgewiesenen Blutalkoholwert umgewandelt wird, so ist zu berücksichtigen, dass es sich hierbei nicht um ein wissenschaftlich valides Ergebnis, sondern nur um eine statistische Näherung handelt, die nur bedingt forensisch verwertbar ist.

2. Zwar wird bei signifikant hohen Werten auch hier eine Befassung mit § 20 StGB zu erwarten sein. Da für ihre ungefähre Richtigkeit aber nur eine gewisse Wahrscheinlichkeit streitet, können die Werte durch andere Beweisanzeichen und Umstände, etwa ein kontrolliertes Leistungsverhalten, leichter „entkräftet“ werden als dies bei prozessual validen Blutalkoholwerten der Fall ist.

3. Jedenfalls muss das Revisionsgericht ausschließen können, dass der Tatrichter irrtümlich ein unzutreffendes Messergebnis (Promille statt mg/l oder Blutalkohol statt Atemalkohol) mitgeteilt und seiner Beurteilung der Schuldfähigkeit damit einen unzutreffenden Grad der Alkoholisierung zugrunde gelegt hat (Anschluss BGH, Beschluss vom 14. Dezember 2022 — 6 StR 449/22 und KG, Beschluss vom 6. September 2023 — 2 ORS 29/23).

KG Berlin, Beschluss vom 27. Mai 2024

Seite 134 Nr. **29**

1. Es besteht keine allgemeine Erkundigungspflicht, ob für den Ort des Antritts der Fahrt mit einem Kraftfahrzeug temporär eine Geschwindigkeitsbegrenzung gilt.
2. Eine solche Erkenntnis mit entsprechender Erkundigungspflicht kann sich aber aufgrund bestimmter Umstände aufdrängen.

KG Berlin, Beschluss vom 28. Mai 2024

Seite 137 Nr. **30**

Die Wartepflicht nach § 9 Abs. 4 Satz 1 StVO setzt ein, sobald der Linksabbieger erkennen kann, dass das sich aus der Gegenrichtung nähernde Fahrzeug nach rechts abbiegen will und es daher zu einer Überschneidung der Fahrwege im Einmündungsbereich oder auf der nachfolgenden Straße kommen wird. Sie entfällt nicht dadurch, dass er seinen Abbiegevorgang fortsetzt und so eine Situation herstellt, bei der er zum Benutzer der vorfahrtsberechtigten Straße wird.

OLG Nürnberg, Beschluss vom 3. Juni 2024

Seite 140 Nr. **31**

1. Es findet kein Abzug Neu für Alt beim Schadensersatz für die Beschädigung eines Anpralldämpfers an einer Bundesautobahn statt, wenn es sich bei dem Anpralldämpfer nicht um ein eigenständiges Bauwerk handelt, sondern er regelmäßig mit einer Erneuerung der Gesamtanlage ausgetauscht wird.
2. Behauptet der Schädiger lediglich pauschal den Eintritt eines Vermögensvorteils für den Geschädigten, so genügt dies nicht für die Geltendmachung eines Abzugs Neu für Alt.

OLG Frankfurt, Beschluss vom 15. August 2024

Seite 144 Nr. **32**

Kann der bei Grün in eine Kreuzung Einfahrende wegen der Sichtbehinderung durch einen abbiegenden Lkw nicht sicher abschätzen, ob sich im Kreuzungsbereich bevorrechtigte Nachzügler befinden, muss er besondere Vorsicht walten lassen.

OLG Saarbrücken, Urteil vom 20. September 2024

Seite 147 Nr. **33**

1. Elektrokleinstfahrzeuge mit elektrischem Antrieb, einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von nicht weniger als 6 km/h und nicht mehr als 20 km/h und bestimmten, in § 1 eKFV genannten zusätzlichen Merkmalen (E-Scooter), sind gemäß der Verordnung über die Teilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen am Straßenverkehr (eKFV) als Kraftfahrzeuge einzustufen.
2. Der Mindestwert für die unwiderlegliche Annahme von absoluter Fahruntüchtigkeit liegt für Führer von Elektrokleinstfahrzeugen in diesem Sinne bei einer Blutalkoholkonzentration von 1,1‰.
3. Gemäß § 69 Abs. 2 Nr. 2 StGB ist ein Täter dann regelmäßig als ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen anzusehen, wenn als rechtswidrige Tat ein Vergehen

der Trunkenheit im Verkehr zugrunde liegt. Die Wirkung der gesetzlichen Vermutung geht dahin, dass für die Feststellung der Ungeeignetheit eine sie explizit begründende Gesamtwürdigung nur erforderlich ist, wenn ernsthafte Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Ausnahmefall vorliegen könnte. In einem solchen Fall muss das Gericht erkennen lassen, dass es ihm bewusst war, bei Ausnahmen vom Regelfall von der Entziehung der Fahrerlaubnis absehen zu können. Solche besonderen Umstände können entweder in der Tat, in der Persönlichkeit des Täters oder dem Nachtatverhalten liegen und sind insbesondere dann besonders sorgfältig zu prüfen, wenn die Anlasstat ein Fall der Trunkenheit im Verkehr ist. Die Benutzung eines sog. E-Scooters durch einen alkoholbedingt fahruntüchtigen Fahrer widerlegt für sich genommen nicht die Ungeeignetheit im Sinne des § 69 StGB.

OLG Hamm, Urteil vom 8. Januar 2025

Seite 156 Nr. **34**

1. Nach § 7 StVG ist derjenige, der ein Kraftfahrzeug hält, verpflichtet, den Schaden zu ersetzen, den ein anderer durch den Betrieb dieses Kraftfahrzeuges erleidet, wenn ein Mensch getötet oder verletzt oder eine Sache beschädigt wird.
2. Der Haftungsausschluss nach § 8 Nr. 1 StVG greift nicht, wenn der Unfall durch ein Kraftfahrzeug verursacht wurde, das auf ebener Bahn mit keiner höheren Geschwindigkeit als 20 Kilometer in der Stunde fahren kann.
3. Der Begriff „beim Betrieb des Kraftfahrzeuges“ ist weit auszulegen. Ausreichend ist, dass bei wertender Betrachtung das Schadensgeschehen durch das Kraftfahrzeug zumindest mitgeprägt worden ist. So unterfallen der Betriebsgefahr auch technische Defekte einer Betriebseinrichtung, ohne dass es auf den Zusammenhang mit einem Betriebsvorgang ankommt.
4. Aus dem Mietvertrag folgt für den Beklagten die Nebenpflicht, alles zu unterlassen, was Schaden an der und in Bezug auf die Mietsache verursachen kann. Zwar kann eine Pflicht, jeden Ladevorgang eines Akkus zu überwachen, nicht angenommen werden. Im vorliegenden Fall bestand jedoch die Besonderheit, dass es sich bei der Aufladung, in deren Rahmen es zu einer Entzündung des Akkus kam, um die erste Aufladung des Akkus durch den Beklagten handelte, es sich nicht um Neuware handelte und der Beklagte zu den Bedingungen, unter denen der Akku zuvor benutzt, aufgeladen und gelagert worden war, keine Erkenntnisse hatte. Unter diesen besonderen Umständen hätte ein besonnener und gewissenhafter E-Bike Händler den Ladevorgang bis zu seinem Ende überwacht und nach Beendigung des Ladevorgangs das E-Bike vom Ladegerät getrennt und auch das Ladegerät vom Stromnetz getrennt.

(redaktionelle Leitsätze)

LG Lüneburg, Urteil vom 26. Juli 2024

Verkehrsrechts- Sammlung

Entscheidungen
aus allen Gebieten
des Verkehrsrechts

Herausgeber:
Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG,
Berlin

Band 148

Heft 4

April 2025

Seite 169 Nr. **36**

Ein Anscheinsbeweis, der beim Auffahrunfall für einen schuldhaften Verstoß des Hinterrmanns gegen § 4 Abs. 1 Satz 1, § 3 Abs. 1 Satz 4 oder § 1 Abs. 2 StVO spricht, kann auch dann eingreifen, wenn ein Motorradfahrer hinter einem stark abbremsenden Pkw ohne Berührung der Fahrzeuge stürzt und es nur durch Zufall nicht zu einer Kollision mit dem Vorfahrenden kommt.

BGH, Urteil vom 3. Dezember 2024

Seite 176 Nr. **37**

Ein Anspruch auf Ersatz von Mietwagenkosten kann nicht allein wegen eines übersrittenen Vorführtermins zur Haupt- und Abgasuntersuchung bei dem unfallbeschädigten Pkw verneint werden. Die Nutzung eines verkehrssicheren Pkw mit nach § 29 Abs. 7 Satz 1 StVZO ungültig gewordener Prüfplakette ist nur dann rechtswidrig, wenn eine Behörde den Betrieb des Fahrzeugs untersagt oder beschränkt hat.

BGH, Urteil vom 3. Dezember 2024

Seite 181 Nr. **38**

1. Für den Haftungsausschluss nach § 828 Abs. 2 BGB muss sich eine typische Überforderungssituation des Kindes durch die spezifischen Gefahren des motorisierten Verkehrs realisiert haben. Das gilt nicht für Schäden an geparkten Fahrzeugen.

2. Eine typische Gefahr des motorisierten Verkehrs kann auch von einem Kraftfahrzeug ausgehen, das im fließenden Verkehr anhält (d.h. seine Geschwindigkeit auf Null reduziert) und auf der Fahrbahn für das Kind ein plötzliches Hindernis bildet, mit dem es möglicherweise nicht gerechnet hat. Darauf, ob sich diese Überforderungssituation konkret ausgewirkt hat oder ob das Kind aus anderen Gründen nicht in der Lage war, sich verkehrsgerecht zu verhalten, kommt es im Hinblick auf die generelle Heraufsetzung der Deliktsfähigkeit von Kindern durch § 828 Abs. 2 Satz 1 BGB nicht an.

3. Der Kläger, der eine (Mit-)Haftung des Minderjährigen beansprucht, muss Umstände darlegen und ggf. beweisen, die die gebotene Typizität des Geschehens im Anwendungsbereich des § 828 Abs. 2 BGB entfallen lassen.

OLG Schleswig, Beschluss vom 29. Mai 2024

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG



**universität
innsbruck**

Universitäts- und
Landesbibliothek Tirol

1. Verhängt der Bußgeldrichter ein erhöhtes Bußgeld und sieht dabei von der Verhängung eines Fahrverbotes ab, verstößt dies zwar nach allgemeiner Rechtsauffassung nicht gegen das Verschlechterungsverbot.

Ist dieser Rechtsfolgenausspruch aber rechtsfehlerhaft, liegt hierin eine Beschwer des Betroffenen, weil die Erhöhung der Geldbuße innerhalb dieser Sanktionsform eine wirtschaftliche Belastung darstellt, so dass das Urteil zu seinem Nachteil auf diesem Rechtsfehler beruhen kann.

2. Das Rechtsbeschwerdegericht muss die tatrichterliche Entscheidung uneingeschränkt dahingehend prüfen können, ob die Erhöhung des Bußgeldes „angemessen“ im Sinne von § 4 Abs. 4 BKatV ist.

3. Der Bußgeldrichter darf sich im Rahmen der angemessenen Erhöhung des Bußgeldes nicht auf floskelhafte Formulierungen wie „erfolgte unter Berücksichtigung der Gesamtumstände“ beschränken, sondern hat hierzu tatsächliche Feststellungen zu treffen, die einer Prüfung durch das Rechtsbeschwerdegericht zugänglich sind.

OLG Schleswig, Beschluss vom 19. Juni 2024

1. Die Begehung einer Ordnungswidrigkeit wegen unzulässigen Parkens setzt die Sichtbarkeit, Verständlichkeit und Bestimmtheit der Begrenzung eines zulässigen Parkraumes voraus.

2. Hieran fehlt es, wenn diese sich allein aus der Verwendung unterschiedlichen Straßenbelags ergeben soll.

OLG Schleswig, Beschluss vom 28. Juni 2024

1. Honorarkonsuln steht gemäß Art. 1 Abs. 3, 71 Abs. 1 Satz 1 des Wiener Übereinkommens vom 24.04.1963 über konsularische Beziehungen (WÜK) lediglich Amtshandlungsimmunität zu. Diese umfasst nur unmittelbare, echte Amtshandlungen in Wahrnehmung konsularischer Aufgaben.

2. Von Honorarkonsuln im Straßenverkehr begangene Ordnungswidrigkeiten unterliegen dementsprechend der deutschen Gerichtsbarkeit, wenn die den Verstößen zugrunde liegenden Fahrten lediglich der Vorbereitung einer konsularischen Handlung dienen.

Bayerisches Oberstes Landesgericht, Beschluss vom 1. Juli 2024

1. Wird ein Bagger auf einem offen zugänglichen Betriebsgelände, ohne dass andere Nutzer des Betriebsgeländes (z.B. Arbeiter, Fußgänger, Radfahrer und Kraftfahrzeugführer) von den von Betriebsfahrzeugen ausgehenden Gefahren ausgeschlossen sind, rückwärts gefahren, sind als spezifische Ausprägung des allgemeinen Rücksichtnahmegebots die Kardinalpflichten des § 9 Abs. 5 StVO zu beachten.

OLG Hamm, Urteil vom 19. November 2024

1. Wird eine Person in ihrer Rolle als Fahrerin eines Kraftfahrzeugs und ihrer Rolle als Sorgeverpflichtete verklagt, kann es sich – wie hier – um zwei Streitgegenstände handeln.

2. Wird der Klage gegen eine Person im Hinblick auf ihre Rolle als Sorgeverpflichtete im Wege eines (Teil-) Urteils rechtskräftig stattgegeben, die Klage im Übrigen aber gegenüber dieser Person im Hinblick ihre Rolle als

Fahrerin rechtskräftig abgewiesen, da insoweit keine Berufung eingelegt wird, steht dies im Berufungswege geltend gemachten Ansprüchen gegen Halter und Versicherer nach § 124 Abs. 1 VVG entgegen.

3. Eine sorgeverpflichtete Person kann – wie hier – Verantwortliche für den Aussteigevorgang eines Minderjährigen im Sinne des § 14 Abs. 1 StVO sein.

4. Die Sorgfaltsanforderungen beim Aussteigen gelten für die gesamte Dauer eines Aussteigevorgangs, also für alle Vorgänge, die in einem unmittelbaren zeitlichen und örtlichen Zusammenhang damit stehen, wobei der Vorgang des Aussteigens mit dem Schließen der Fahrzeugschleuse und dem Verlassen der Fahrbahn beendet ist, was auch – wie hier – der Fall ist, wenn ein Minderjähriger in Richtung eines Fußwegs aussteigt, die Tür schließt und erst anschließend das Fahrzeug umrundet und auf die Straße läuft.

5. Betrieb im Sinne von § 7 Abs. 1 StVG und Gebrauch im Sinne von § 1 PflVG (AKB A.1.1.1 und Art. 3 KfzHPfIV-RL 2021/2118) des Aussteigevorgangs wirken nach Beendigung des Aussteigevorgangs in einem solchen Fall unabhängig von einem Verstoß gegen § 14 Abs. 2 StVO nicht haftungsbegründend fort.

6. Ein Halten an enger Stelle im Sinne des § 12 Abs. 1 Nr. 1 StVO, also einer Stelle, an der ein gefahrloses Vorbeifahren unter Berücksichtigung der Sicherheitsabstände und der höchstzulässigen Breite im Sinne des § 32 Abs. 1 Satz 1 StVO zu beiden Seiten nicht oder nicht mehr ohne ungewöhnliche Schwierigkeiten möglich ist, liegt – wie hier – nicht allein deshalb vor, weil auf einer zweispurigen innerörtlichen Straße nach dem Halten (oder Parken) nur noch eine Fahrspur für beide Richtungen verbleibt.

7. Ein Halten an unübersichtlicher Stelle im Sinne des § 12 Abs. 1 Nr. 1 StVO, also einer Stelle, an der ein Fahrzeugführer wegen sichtbehindernder Umstände den Verkehrsverlauf nicht so vollständig überblicken kann, dass er bei normaler Aufmerksamkeit alle Hindernisse und Gefahren erkennen und ihnen rechtzeitig begegnen kann, liegt – wie hier – nicht allein deshalb vor, weil ein haltendes (oder parkendes) Fahrzeug den Blick auf Fußgängerquerverkehr einschränkt.

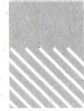
8. Betrieb im Sinne von § 7 Abs. 1 StVG und Gebrauch im Sinne von § 1 PflVG (AKB A.1.1.1 und Art. 3 KfzHPfIV-RL 2021/2118) des haltenden (oder parkenden) Fahrzeugs wirken sich bei ordnungsgemäßigem Halten (oder Parken) nicht haftungsbegründend aus, wenn das haltende (oder parkende) Fahrzeug den Blick auf Fußgängerquerverkehr einschränkt.

9. Eine sorgeverpflichtete Person kann der sorgeberechtigten Person – wie hier – gemäß § 1664 Abs. 1 BGB zur Haftung verpflichtet sein, wenn die verpflichtete Person die berechnete Person ohne hinreichende Überwachung oder Anleitung eine Straße hinter einem haltenden Fahrzeug überqueren lässt.

10. Legt die sorgeverpflichtete Person einen subjektiven Sorgfaltsmaßstab nach § 1664 Abs. 1, § 277 BGB nicht dar, haftet sie nach allgemeinen Grundsätzen und damit für einfache Fahrlässigkeit.

11. Verstöße allein, d.h. ohne Verstoß gegen die StVO, gegen § 1664 Abs. 1, § 1626 Abs. 1, § 1631 Abs. 1 BGB begründen in aller Regel – so auch hier – keinen Betrieb im Sinne von § 7 Abs. 1 StVG und keinen Gebrauch im Sinne von § 1 PflVG (AKB A.1.1.1 und Art. 3 KfzHPfIV-RL 2021/2118), so dass insbesondere eine Haftung des Versicherers aus § 115 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 VVG ausscheidet.

OLG Hamm, Beschluss vom 27. Dezember 2024



IN ALLER KÜRZE

103

THEMA

Andreas Geroldinger/Julia Schiestl: Ehrenamt, Drittschadensliquidation und Amtshaftung	104
Lukas Unterweger: Die Akteneinsicht des Vermächtnisnehmers im Verlassenschaftsverfahren	108

GESETZGEBUNG

Aktuelle Gesetzesvorhaben (Stand: 10. 4. 2025)	112
--	-----

RECHTSPRECHUNG**»FAMILIENRECHT**

Unterhaltsanspruch während eines zwölfmonatigen Auslandsaufenthalts nach der Matura	113
Heimunterbringung des Unterhaltspflichtigen aus Sozialhilfemitteln – ungekürzter Pensionsbezug als Unterhaltsbemessungsgrundlage	113
Wieder-in-Geltung-Setzen der Titelvorschüsse nach Enthaltung des Unterhaltspflichtigen	113
Vertragsgenehmigung – Prüfung unter Bedachtnahme auf die Zeit nach Volljährigkeit	113

»SACHENRECHT

Auslegung einer Vereinbarung zur Ablöse des Superädifikats nach Ende des Grundbenützungsverhältnisses	114
Keine generelle Toleranzgrenze für Grenzüberbauten	114

»ERBRECHT

Anteilige Verfügungsbefugnis der Miterben über ein Kontoguthaben	114
--	-----

»SCHULDRECHT

Größliche Benachteiligung durch prozentuales Kreditbearbeitungsentgelt	115
Klauselkontrolle bei Verbraucherkreditvertrag – Verzugszinssatz, Gebühren	115
Servicegebühr bei Essenslieferservice zulässig	116
E-Mail-Spoofing – Bekanntgabe eines anderen Kontos ist dem Gläubiger nicht zurechenbar	116
Bau trägervertrag – Strafzinsen bei fehlender Vereinbarung eines Ratenplans	116
Kostenloser Rücktritt von einer Pauschalreise auch früher als sieben Tage vor Reisebeginn	117

INHALTSVERZEICHNIS/IMPRESSUM

»MIET- UND WOHNRECHT

Teilbarkeit einer Wertsicherungsklausel bei der Klauselkontrolle	117
Kontrolle von Mietvertragsklauseln im MRG-Teilandenwendungsbereich	117
Vorwegzustimmung der Wohnungseigentümer zu einer Änderung in den Bauträgerverträgen	119

»SCHADENERSATZ

Flugzeugabsturz auf Wohnhaus in Abwesenheit – kein Ersatz des Schockschadens	119
--	-----

LITERATURÜBERSICHT

120

Das Streben nach Klarheit und Lesbarkeit veranlasst uns dazu, in den Beiträgen auf die gleichberechtigte Nennung aller Geschlechter idR zu verzichten. Sämtliche personenbezogene Formulierungen beziehen sich gleichermaßen auf die Entscheidungen anderer Geschlechter.

Herausgeber:

Präsident des OGH Univ.-Prof.
Dr. Georg E. Kodek, LL.M.
Univ.-Prof. Dr. Matthias Neumayr

Redaktion:

Mag. Wolfgang Kolmasch
E-Mail: wolfgang.kolmasch@lexisnexis.at

Lektorat und Autor:innenbetreuung:

MMag. Birgit Wenzel
1020 Wien, Trabrennststraße 2A
Tel. +43-1-534 52-1603
E-Mail: birgit.wenzel@lexisnexis.at

Abonnent:innenservice:

Tel. +43-1-534 52-0
E-Mail: kundenservice@lexisnexis.at

Anzeigen & Mediaden:

Alexander Mayr
1020 Wien, Trabrennststraße 2A
Tel. +43-1-534 52-1116
E-Mail: anzeigen@lexisnexis.at
<http://lesen.lexisnexis.at/zs/zak/mediaden.html>

Impressum:

Offenlegung gemäß § 25 MedienG:

Medieninhaber und Herausgeber iSd § 1 Abs 1 Z 8 und Z 9 MedienG: LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG | Sitz: 1020 Wien, Trabrennststraße 2A | Unternehmensgegenstand: LexisNexis ARD Orac ist ein führender Fachverlag in Österreich im Bereich Steuern, Recht und Wirtschaft, der die Tradition der Verlagshäuser Orac und ARD unter internationalem Dach fortführt. LexisNexis ARD Orac ist ein Tochterunternehmen der international tätigen Verlagsgruppe RELX Group, deren Legal Division weltweit unter dem Namen LexisNexis firmiert. | Blattlinie: Rechtsinformation und Wirtschaftsinformation; aktuelle rechtliche Neuerungen | Geschäftsführung: Susanne Mortimore | Unbeschränkt haftender Gesellschafter: Orac Gesellschaft m.b.H., 1020 Wien, Trabrennststraße 2A | Kommanditist: Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H., Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Beteiligungsverhältnisse: Alleinigter Gesellschafter der Orac Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg (99,9 %) | Alleinigter Gesellschafter der Reed Elsevier Austria GmbH: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Alleinigter Gesellschafter der Reed Elsevier Overseas B.V.: Reed Elsevier Holdings B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings B.V.: RELX Group plc, 1-3 Strand (<http://www.relxgroup.com/aboutus/Pages/Home.aspx>), London WC2N 5JR (50 %), Reed Elsevier Holdings Ltd., 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50 %) | Gesellschafter der RELX PLC (52,9 %), RELX NV (47,1 %) | Gesellschafter der RELX PLC: mehr als 75 % im Streubesitz | Gesellschafter der RELX NV: mehr als 75 % im Streubesitz | Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings Ltd.: RELX Group plc (100 %) | Redaktion: 1020 Wien, Trabrennststraße 2A.

Dérzeit gilt Anzeigenpreisliste Stand Jänner 2025 | Verlags- und Herstellungsort: Wien | Die Zeitschrift erscheint 20-mal im Jahr | Einzelheftpreis 2025: 24 €; Jahresabonnement 2025: 533 € inkl. MWSt bei Vorauszahlung; Preisänderungen vorbehalten | Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT84 1200 0504 2346 8600, BIC: BKAUATWW | Abbestellungen sind nur zum Jahresschluss möglich, wenn sie bis spätestens 30.11. schriftlich einlangen | Druck: Prime Rate GmbH, Megyeri út 53, H-1044 Budapest. ISSN 1996-2428.

Verlagsrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm, Aufnahme in eine Datenbank oder auf Datenträger oder auf andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Das gilt auch für die veröffentlichten Entscheidungen und deren Leitsätze, wenn und soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung redigiert, erarbeitet oder bearbeitet wurden und daher Urheberrechtsschutz genießen. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Bitte beachten Sie: Für Veröffentlichungen in unseren Zeitschriften gelten unsere AGB für Zeitschriftenautoren und -autoren (abrufbar unter <https://www.lexisnexis.at/agb/agb-zeitschriftenautoren/>) sowie unsere Datenschutzerklärung (abrufbar unter <https://www.lexisnexis.at/datenschutzbestimmungen/>).

Trotz sorgfältigster Bearbeitung erfolgen alle Angaben ohne Gewähr. Eine Haftung des Verlages, der Herausgeber und der Autor:innen ist ausgeschlossen. Dies gilt auch für Inhalte, die exklusiv digital veröffentlicht werden.

4/2025

Seiten 273–368
78. Jahrgang

Wolters Kluwer Deutschland GmbH
Wolters-Kluwer-Straße 1
50354 Hürth
Tel. (02233) 3760–7201
Fax (02233) 3760–7202
E-Mail: info-wkd@wolterskluwer.com
www.wolterskluwer.de
www.luchterhand-fachverlag.de

Redaktion:
RA Heiko Ormanschick
Blankeneser Bahnhofstraße 46,
22587 Hamburg
E-Mail: kanzlei@ormanschick.de
Dr. Olaf Riecke, weiland RiAG
Am Kiekeberg 18, 22587 Hamburg
E-Mail: olaf@riecke-hamburg.de

Aufsätze

Florian Jacoby	Textformverträge in der Gewerberaummieta	273
Rüdiger Fritsch	Die digitale Eigentümerversammlung aus der Sicht der Praxis	279
Barry Sankol	Gedanken über Wesen und Funktion eines Absenkungs- beschlusses nach § 23 Abs. 3 Satz 2 WEG	293
Thomas Wedel	Schonfristzahlung: Streit LG Berlin II (ZK 66) gegen BGH auf einen einfachen kurzen Nenner gebracht	298

Rechtsprechung

Miet- und Pachtrecht

BGH	27.11.2024 – VIII ZR 36/23	Keine erste Vermietung nach umfassender Modernisierung	299
BGH	13.08.2024 – VIII ZR 255/21	Wirksamkeit der fristlosen Kündigung wegen Betriebskostenrück- stand?	301
OLG Hamm	11.12.2024 – I-30 U 40/24	Mieterdienstbarkeit; Vormerkung; einstweilige Verfügung; Kosten-, Preis- und Zinsentwicklungen; Kündigung aus wichtigen Grund (m. Anm. Burbulla)	302
OLG Oldenburg	25.11.2024 – 9 U 40/23	Anfänglicher Mangel bei einer voll ausgestatteten Ferienwohnung; maßgeblicher Zeitpunkt	304
OLG Schleswig	28.05.2024 – 12 U 14/24	(asymmetrische) Verlängerung der gesetzlichen Verjährungsfrist allein für den Vermieter in einem Gewerbemietverhältnis	306
LG Berlin II	28.02.2024 – 66 S 178/22	Vorgetauschte Eigenbedarfskündigung (m. Anm. Krian)	307
LG Dessau-Roßlau	11.10.2024 – 2 O 493/23	Mietmangel; geringer Umfang vermieteter Ladenflächen im Shopping-Center	311
LG Hanau	02.06.2023 – 2 S 106/22	Schadensersatzanspruch des Mieters wegen Schimmelbildung in der Wohnung	311
LG Itzehoe	02.08.2024 – 9 T 7/24	Ordentliche Kündigung wegen Zahlungsverzugs, Verrechnung von Rückständen, Nachträglicher Ausgleich des Mietrückstands, Kündigungswiderspruch nach der Sozialklausel	312
LG Kassel	23.12.2023 – 1 S 222/22	Umfang des Schadensersatzes bei vorgetauschtem Eigenbedarf und „freiwilligem“ Umzug	314
LG Kiel	28.05.2024 – 1 S 119/23	Ordentliche Kündigung wegen Zahlungsverzug; Vermieterwechsel während des Mieterhöhungsprozesses	315
LG Lübeck	26.11.2024 – 17 O 49/24	Mietkaution; Mieterinsolvenz; Aufrechnung gegen den Kautionsrückzahlungsanspruch	317
LG Mönchenglad- bach	22.10.2024 – 4 S 95/23	Folgen der Verwendung einer verbotswidrigen Preisanpassungsklausel (m. Anm. Burbulla)	319
LG München I	05.02.2025 – 14 S 9406/23	U.a. zur formellen und materiellen Wirksamkeit einer ordentlichen Kündigung wegen Verzugs mit Betriebskosten- nachforderungen für mehrere Jahre	321
AG Besigheim	22.06.2023 – 7 C 442/22	Inhaltskontrolle einer Mietvertragsklausel über die Verleihung einer Einbauküche	325

AG Brandenburg	11.12.2023 – 30 C 86/23	Tierhaltung in Mietwohnung; Urinieren der Katzen im Treppenhaus; nachhaltige Störung des Hausfriedens	327
AG Flensburg	04.12.2024 – 61 C 55/24	Eigenbedarfskündigung; Alternativwohnung; Widerspruch; Darlegungslast	328
AG Frankfurt am Main	21.06.2024 – 33052 C 64/24	Fristlose Kündigung wegen fälliger Nachzahlungen auf Betriebskosten	330
AG Frankfurt	02.02.2024 – 33 C 3020/23	Kein Vorwegabzug für Gewerbe; Betriebskostenabrechnung; Belegeinsicht bei papierlosem Büro	331
AG Frankfurt am Main	25.04.2024 – 33067 C 42/23	Fristlose Kündigung eines Mietverhältnisses bei Rückstand der Miet- und Kautionszahlung	332
AG Frankfurt am Main	24.11.2023 – 33 C 2124/21	Berechtigtes Interesse eines Vermieters an einer Kündigung des Mieters nach Wegfall seiner Wohnberechtigung	333
AG Frankfurt am Main	04.05.2023 – 33 C 429/22	Fristlose Kündigung bei Taubenhaltung in der Wohnung	334
AG Hamburg	12.08.2024 – 49 C 535/23	Zusammenfassung von Kostenpositionen in einer Betriebskostenabrechnung	335
AG Köpenick	29.08.2024 – 14 C 284/23	Mangelanzeige; Haftung für Folgekosten bei fehlendem Mangel	336
AG Kreuzberg	26.11.2024 – 6 C 246/24	Begründung einer Eigenbedarfskündigung	337
AG Kreuzberg	17.01.2023 – 13 C 104/22	Schadensersatz wegen vorgeschobenen Eigenbedarfs	338
<i>WEG-Recht</i>			
BGH	15.11.2024 – V ZR 239/23	Änderung des Kostenverteilerschlüssels der GO durch Beschluss	340
LG Aurich	15.04.2024 – I S 15/24	Rückbauverlangen; Bestimmtheitsgrundsatz	342
LG Berlin II	18.06.2024 – 56 S 9/24	Gestattung des Anbringens von Balkonkraftwerken vor dem 17.10.2024	343
LG Frankfurt am Main	28.11.2024 – 2-13 S 27/24	Recht auf Einsichtnahme in die Verwaltungsunterlagen	344
LG Frankfurt am Main	28.11.2024 – 2-13 S 574/23	Streitwert; Vorlage der Abrechnung und des Vermögensberichts	345
LG Gera	28.10.2024 – 5 S 129/24	Teilung von Wohnungseigentum; Stimmrecht	346
LG Hamburg	19.12.2024 – 318 S 68/21	Schadensbedingte Ausgleichszahlung an die Gebäudeversicherung; Kostenverteilung	347
LG Hamburg	06.11.2024 – 318 S 49/23	Verwalterhaftung wegen Entsorgung von Außenrollläden, Abgrenzung Sondereigentum/gemeinschaftliches Eigentum	349
LG Itzehoe	15.11.2024 – 11 S 32/23	Beschlussfeststellungsklage, bauliche Veränderungen, grundlegende Umgestaltung, Grundlagenbeschluss	350
LG Karlsruhe	26.07.2024 – 11 S 82/23	Erhöhung der WEG-Erhaltungsrücklage durch Sonderumlage	352
LG München I	18.12.2024 – I S 13549/23	Beschluss zur Änderung der Kostenbeteiligung; Wahrung der Grundsätze ordnungsmäßiger Verwaltung	352
AG Friedberg (Hessen)	20.12.2024 – 2 C 713/24	Einholung einer Rechtsauskunft bei unklarer auslegungsbedürftiger Regelung in der Gemeinschaftsordnung	356
AG Hamburg-Altona	05.12.2024 – 303c C 10/23	Balkonerneuerung; Erhaltungslast; Beschlusskompetenz	357
<i>Vertragsrecht</i>			
Kammergericht	10.12.2024 – 9 U 1087/20	Langjährige Energielieferungsverträge; Folgen einer unwirksamen Preisänderungsklausel	359
<i>Zwangsvollstreckung</i>			
OLG Stuttgart	28.01.2025 – I W 2/25	Entfernung der grenzüberschreitenden Teile der Lüftungsanlage (m. Anm. Greiner/Riecke)	363
<i>Nachbarrecht</i>			
OLG Hamm	06.05.2024 – I-7 U 23/24	Übergreifen eines Brandes vom Nachbargrundstück; eingeschränkte Verantwortlichkeit des Eigentümers für Handlungen seines Mieters	366

Literatur

V

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir Beilagen folgender Unternehmen:

Verlag C.H. Beck GmbH & Co. KG

Wir bitten freundlich um Beachtung.

Editorial				
Hillebrand			Zum 80. Geburtstag von JR Hans-Jürgen Gebhardt	181
zfs Aktuell				
Funke			Verfassungsrecht/Kostenrecht	182
Praxistext				
Diebold			Erleichterungen bei der Darlegung eines Fahrzeugschadens	183
Aufsatz				
Ternig			Die sieben Todsünden des § 315c StGB auf dem Prüfstand	184
Rechtsprechung				
Haftungsrecht				
BGH	10.12.2024	VI ZR 323/23	Abfindungsvorbehalt und Verjährung (mit Anmerkung <i>Scholten</i>)	194
BGH	3.12.2024	VI ZR 18/24	Haftungsabwägung beim Sturz eines Motorradfahrers ohne Berührung mit dem vorausfahrenden Pkw aufgrund eines starken Abbremsens	196
BGH	9.7.2024	VI ZR 252/23	Regress durch GKV: Abweichungen von zivilrechtlicher Beweislast durch sozialrechtliche Anforderungen an Abrechnungssystem	201
OLG Saarbrücken	13.12.2024	3 U 23/24	Rechtsfahrgebot und erhöhte Betriebsgefahr	206
Schadensrecht				
BGH	3.12.2024	VI ZR 282/23	Anspruch auf Ersatz eines Höherstufungsschadens in GAP-Versicherung nach Verkehrsunfall	208
Versicherungsvertragsrecht				
OLG Karlsruhe	24.10.2024	12 U 108/21	Angemessene Frist für die Annahme des Antrags auf Abschluss eines Versicherungsvertrages	209
Kaskoversicherung				
OLG Saarbrücken	12.2.2025	5 U 42/24	Keine Erfüllung der Aufklärungsobliegenheit bei Benachrichtigung des Versicherungsmaklers	211
LG Itzehoe	17.1.2025	3 O 285/24	Neupreisentschädigung für ein Campingfahrzeug	214
Rechtsschutzversicherung				
LG Hamburg	5.2.2025	314 O 73/24	Zeitpunkt des Rechtsschutzfalls bei Scraping	216
Berufsunfähigkeitsversicherung				
OLG Karlsruhe	5.12.2024	12 U 34/24	Verweisung eines berufsunfähigen Profisportlers	218
Kostenrecht				
BGH	9.12.2024	VIII ZR 127/24	Im Verfahren über die Abhilfe einer Erinnerung gegen den Gerichts-kostenansatz gilt das Verbot der „reformatio in peius“ nicht (mit Anmerkung <i>Hansens</i>)	224
KG	8.8.2024	5 W 98/24	Anfall der vollen Terminsgebühr bei Erlass eines Versäumnisurteils (mit Anmerkung <i>Hansens</i>)	226
Verkehrsstrafrecht				
BGH	24.9.2024	4 StR 272/24	Kollisionsgeschwindigkeit und Tötungsvorsatz	229
BGH	14.8.2024	4 StR 251/24	Feststellung der rauschmittelbedingten Fahrunsicherheit	229

Verkehrsordnungswidrigkeitenrecht

KG	23.9.2024	3 ORbs 166/24	Kein fehlerhafter Bußgeldbescheid bei geringfügig unrichtiger Tatortbezeichnung (mit Anmerkung <i>Krenberger</i>)	231
OLG Naumburg	6.11.2024	1 ORbs 219/24	Zulässiges Verteidigungsverhalten und Fahrverbot	232
AG Rottweil	11.11.2024	9 OWi 27 Js 10046/23	Einstellung des Verfahrens nach Eintritt der absoluten Verjährung	232
AG Stuttgart	13.6.2024	18 OWi 1399/23	Auslagenentscheidung nach Einstellung des Verfahrens	233
AG Trier	18.1.2024	28 OWi 8143 Js 29165/23	Zurückverweisung des Verfahrens nach nicht verbeschiedenem Akteneinsichtsantrag (mit Anmerkung <i>Krenberger</i>)	233

Verkehrsverwaltungsrecht

VGH Bad.-Württ.	8.2.2025	13 S 1513/24	Entziehung der Fahrerlaubnis nach mit Strafbefehl geahndeter Trunkenheitsfahrt mit dem Fahrrad; AO zur Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens und Nichtbeibringung; § 11 Abs. 8 S. 1 FeV eröffnet kein Ermessen; Bindungswirkung; substantiierte und gewichtige Hinweise des Betroffenen auf eine eventuelle Unrichtigkeit der Feststellungen im Strafbefehl; Wiedererlangung der Fahreignung; Interessenabwägung im Rahmen des vorläufigen Rechtsschutzes	234
BayVGH	4.2.2025	11 ZB 24.1958	Außerbetriebsetzung eines Fahrzeugs wegen nicht entrichteter Kraftfahrzeugsteuer; Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe für einen beabsichtigten Antrag auf Zulassung der Berufung gegen die erstinstanzliche Klageabweisung, hinreichende Erfolgsaussichten (verneint), Rechtsbehelfszuständigkeit	237
OVG NRW	18.2.2025	16 B 668/24	Entziehung der Fahrerlaubnis; Nichtteilnahme am Aufbauseminar; AO MPU-Gutachten; Gericht stützt Ordnungs-Vfg auf andere Rechtsgrundlage als Verwaltung; gesetzlicher Ausschluss der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs; Zeitablauf und Vertrauensschutz	239

Lesen Sie die zfs online!**Sehr geehrte zfs-Leserinnen und -Leser,**

die Arbeitsgemeinschaft Verkehrsrecht des DAV ermöglicht ihren Mitgliedern in Kooperation mit dem Deutschen Anwaltverlag und der juris GmbH den Zugang zum Gesamtarchiv der zfs. Sie können in den Volltexten aller Hefte seit 2002 kostenlos recherchieren und auf verlinkte Entscheidungen sowie Gesetzestexte direkt zugreifen.

Um sich für dieses Angebot auf www.juris.de zu registrieren, benötigen Sie nur Ihren persönlichen Freischaltcode.

Ihren Freischaltcode, der ein Jahr gültig ist, erhalten Sie bei Frau Manuela Prosche-Batz, prosche-batz@anwaltverein.de.

Viel Erfolg bei der Recherche!

Ihre Redaktion der zfs



Deutscher **Anwalt**Verlag

Inhaltsverzeichnis

Die erste Seite

Workation 2.0: Freiheit oder Compliance-Falle?

Dr. Dominik Sorber und Dr. Michaela Felisiak, beide München

Aufsätze:

Klageerhebung nach der EuGVVO im Wohnsitzstaat des Klägers

Prof. Dr. Rolf Wagner, Ministerialrat i.R., Potsdam 169

Rechnungslegung nach dem Personen- und Gesellschaftsrecht (PGR) des Fürstentums Liechtenstein

Dr. Alex Janzen, Rechtsanwalt/Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht/Fachanwalt für Steuerrecht, Haan 178

Die richtige Wahl der Gesellschaftsform: Rechtsformen haftungsbeschränkter Gesellschaften in der Europäischen Union im Überblick

Dr. Sven Gelbke, Rechtsanwalt, und Julian Gosmann, beide Köln 183

Länderreporte:

Länderreport Ägypten

Dr. Kilian Bälz, LL.M. (London), Rechtsanwalt, Farah Fawzy, LL.M. (Humboldt Universität zu Berlin), ägyptische Rechtsanwältin, und Anna Jenckel, Wiss. Mitarbeiterin, alle Berlin/Kairo 192

Länderreport Spanien

Jorge Sánchez Álvarez, Abogado, Sevilla, Dr. Alexander Steinmetz, Mag.iur., Rechtsanwalt, Frankfurt am Main/ Abogado Inscrito, Palma de Mallorca, und Juan Manuel Martínez Carpio, Abogado, Sevilla 198

EuGH: Humanarzneimittel – Werbung für verschreibungspflichtige Arzneimittel – Gutscheine über einen bestimmten Geldbetrag oder über einen prozentualen Preisnachlass für den nachfolgenden Erwerb weiterer Produkte (27. 2. 2025 – Rs. C-517/23) 214

EuGH: Digitale Märkte – Digitale Plattform – Weigerung eines Unternehmens in beherrschender Stellung, das eine digitale Plattform entwickelt hat, den Zugang zu dieser Plattform einem Drittunternehmen, das eine Anwendung entwickelt hat, zu ermöglichen, indem es die Interoperabilität der Plattform mit der Anwendung gewährleistet (25. 2. 2025 – Rs. C-233/23) 221

OLG Frankfurt a. M.: Schiedsvereinbarung in einem Vertrag zu Gunsten Dritter (2. 1. 2025 – 26 SchH 1/23) 229
mit RIW-Kommentar von Dr. Kilian Bälz, LL.M. (London), Rechtsanwalt, Berlin/Kairo 239

Internationales Steuerrecht und Zollrecht:

BFH: Anwendung des § 6a GrEStG auf Anteilsübertragungen im Ausland (25. 9. 2024 – II R 36/21) 240

BFH: Zur Anwendung abkommensrechtlicher Aktivitätsvorbehalte auf ausländische Betriebsstätteneinkünfte (3. 7. 2024 – I R 4/21) 244

BFH: Zur Versicherungsteuerpflicht bei Betriebsstätten in Drittstaaten (30. 1. 2025 – V B 47/23) 244

Rubriken:

RIW-Impressum S. IV

Internationales Wirtschaftsrecht:

EuGH: Europäische Handelspolitik im Konflikt mit dem Völkerrecht: Fall Westsahara (4. 10. 2024 – verb. Rs.C-778/21 P u.C-798/21 P) 203

mit RIW-Kommentar von Dawid Maruszyk, Rechtsanwalt, Lüttich 212

Geschäftsführung: Peter Esser (Sprecher), Thomas Berner, Markus Gotta

Leitender Redakteur: RA Prof. Dr. Christian Pelke, LL.M.

Ständige Mitarbeiter: Dr. Kilian Bälz, LL.M., Berlin/Kairo; Prof. Dr. Klaus Peter Berger, LL.M., Köln; Prof. Dr. Gudula Deipenbrock, Berlin; Prof. Dr. Dres. h. c. Werner F. Ebke, LL.M., Heidelberg; Prof. Dr. Horst Eidenmüller, LL.M., Oxford; Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer, LL.M., Hamburg; Dr. Constantin Frank-Fahle, LL.M., Abu Dhabi; Prof. Dr. Jan von Hein, Freiburg i. Br.; Prof. Dr. Abbo Junker, München; Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Kindler, München; Christian Klein, Paris; Prof. Dr. Georg E. Kodek, LL.M., Wien; Prof. Dr. Herbert Kronke, Heidelberg; Prof. Dr. Ulrich Magnus, Hamburg; Prof. Dr. Hanno Merkt, LL.M., Freiburg i. Br.; Prof. Dr. Christoph G. Paulus, Berlin; Prof. Dr. Thomas Pfeiffer, Heidelberg; Prof. Dr. Dörte Poelzig, M. jur., Hamburg; Prof. Dr. Dr. h. c. Rolf A. Schütze, Stuttgart; Prof. Dr. Dr. Peter Sester, Rio de Janeiro; Prof. Dr. Kurt Siehr, Hamburg; Prof. Dr. Dres. h. c. Rolf Stürmer, Freiburg i. Br.; Klaus Vorpeil, Mainz; Prof. Dr. Bernd Waas, Frankfurt a. M.; RA Prof. Dr. Stephan Wilske, LL.M., Stuttgart.

Wirtschaftskommentar	Wie groß ist der Run-off-Druck?	149
Lebensversicherung	Wachstum mit dem Allianz-Faktor Das Neugeschäft der deutschen Lebensversicherer 2024 – der erste Marktüberblick	151
	Die Lebensversicherung muss ihre Stärken noch besser verdeutlichen Dr. Barbara Ries, Vorständin Leben bei Balaise in Deutschland, im Gespräch	156
	Erstaunlich niedrige Kostenlasten in der Lebensversicherung?	158
	Abbau der ZZR: Wer profitiert?	158
	Florian Stanlein / Ljubomir Budalic Die Renditechancen am Kapitalmarkt – was bringen sie der Biometrie?	159
Assekuranz aktuell	"Bei der Schadensteuerung in Wohngebäude sind wir mittlerweile die Benchmark" Dr. Andreas Jahn, Chef der SV SparkassenVersicherung, im Gespräch	162
	Leistungsaufwendungen in der PKV: Überraschend heftiger Mengenanstieg	164
	Zahlenkorrektur in der PKV: Deutlich weniger Wachstum und niedrigere Leistungsaufwendungen	164
	Ensure Resilience (4): Geopolitische Risiken bewerten und strategisch handeln	165
	Cyberresilienz lebt in einem Ökosystem Warum Partner-Ökosysteme für den Schutz und das Sichern von IT-Infrastrukturen, Systemen und Daten auch 2025 immer wichtiger werden	166
	Ken Raffin / Dr. Thomas Zwack / Martin Fleischer Ein deutsches Versicherungsprodukt muss man nicht verstehen?	167
	Versicherungsprodukte können mehr – nicht nur Risikoschutz und finanzieller Ersatz	168
Vertrieb	Prof. Dr. Matthias Beenken / Prof. Dr. Lukas Linnenbrink Honorarberatung überzeugt nicht	169
KI	Dr. Dirk Schmidt-Gallas / Tobias Schulz KI im Vertrieb – Effizienz steigern, Kunden gezielter ansprechen, Abschlüsse optimieren	173
	Vassilios Tsioupas / Christian Konradt Digitale Transformation in der Versicherungsbranche: Automatisierte Schadenbearbeitung mit KI- und Cloud-Technologien	177
	Dr. Niki Winter / Simon Kazmierowski Mögliche KI-Einsätze entlang der Wertschöpfungskette	180
Management	Björn Eickmann Detailtreue statt Mammutprojekt: Schritt für Schritt zur digitalen Self-Services-Infrastruktur	183
	Johanna Bartmann Changemanagement: Chancen und Potenziale für Versicherer in der Transformation	185
Open Finance	Knut Besold Wie die FiDA die Assekuranz verändert	188
Gesellschaften	Debeka	190
	Hannover Rück	191
	Next/ Ergo	192
	Swiss Re	192
	Stuttgarter	193
	Talanx	193
	Volkswagen Autoversicherung	194
	Wertgarantie	195
	WTW	195
Bücher	195
Impressum	196